



EUROPA-MAGAZIN

EU-kritische Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

2/2011

Euro-Krise

Die deutsche Regierung und die Euro-Krise Von Herbert Schui	S. 1
Jetzt wird Deutsch gesprochen Von German-Foreign-Policy.com	S. 5
Euro-Krise – kein Weg aus der Falle? Paul Ruppen	S. 7

Programme du PS; Festung Europa; Direkte Demokratie

Buchbesprechungen	S. 9
Le programme du parti socialiste suisse, l'UE et le dépassement du capitalisme de Paul Ruppen	p. 13
"Festung Europa" wird weiter aufgerüstet von Annette Groth	S. 17
Direkte Demokratie im internationalen Kontext Von René Roca	S. 19
Kurzinfos	S. 22



edito

Die Meldungen über die Euro-Krise überstürzen sich, die vom demokratisch schlecht legitimierten Duo Merkel Sarkozy – unter weitgehendem Auschluss der übrigen EU- und Euro-Ländern ausgedachten Massnahmen zur Rettung der Währung – sind mittlerweile kaum mehr zu überblicken. Bemerkenswert ist dabei das Schauspiel, das in diesem Zusammenhang das deutsche Parlament bot. Dieses ist ja der eigentliche Souverän in Deutschland – da es über den Transfer von Kompetenzen nach Brüssel sowie über Krieg und Frieden beschliesst, entscheidet, ob in Deutschland direkte Demokratie einzuführen ist und auch über die Finanzen der Steuerzahler verfügt – im Widerspruch zum Schlagwort „Wer zahlt, befiehlt“. Neben so weitreichenden Befugnissen nimmt sich das Recht des pro Forma Souveräns Volk, alle vier Jahre seine

Abgeordneten zu wählen, sehr bescheiden aus. Soweit zur formalen Seite der Geschichte. Das Parlament selber ist aber selber „strukturiert“. In kleinen Parteizirkeln wird entschieden, was Sache ist, und dann bei den eigenen Parlamentariern durchgedrückt. Mit Not und Krachen konnte ein FDP-Parlamentarier seine von der Parteilinie abweichende Meinung im Deutschen Parlament zur Kenntnis bringen. Faktisch sitzt die Souveränität in Deutschland also bei intransparenten, mit der Wirtschaft verbandelten Parteizirkeln. Darunter hat ganz Europa zu leiden, und nur mehr *direkte* Demokratie in Deutschland kann uns davon befreien.

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und Entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind diese Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

EUROPA-MAGAZIN herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonnentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2011 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüssten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung. Durch Werbung fürs EM würde unsere Arbeit fruchtbarer!

Folgende und weitere Nummern des **EUROPA-MAGAZINS** sind noch erhältlich. Bitte pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag beilegen:

- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»
- EM 1/2003 EU-Verfassungsentwurf
- EM 1/2005 EU-Verfassung; Schengen/Dublin
- EM 2/2005 EU und Deregulierung
- EM 1/2006 Kleinstaaten in der EU
- EM 1/2009 Agrarfriehandel
- EM 2/2009 Vertrag von Lissabon
- EM 1/2010 Demokratie und Grundrechte

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar.



Die deutsche Regierung wird alles daran setzen, für ihre Zustimmung zu Eurobonds und zu einer verstärkten Intervention der EZB Zugeständnisse einzuhandeln.

Die deutsche Regierung und die Euro-Krise

Seit Ende 2008 stellt Nobelpreisträger Paul Krugman beharrlich die Frage, aus welchem Grunde denn die deutsche Regierung sich so hartnäckig weigert, einer gemeinschaftlichen Lösung der europäischen Schuldenkrise zuzustimmen. „Die wirtschaftlichen Folge von Herrn Steinbrück“ seien, so Krugman in der New York Times 11.12.2008, dass die überaus wichtige Koordination der europäischen Politik an der Weigerung der deutschen Politik scheitere. Wenn Deutschland eine wirksame europäische Reaktion auf die Krise verhindere, dann trage es maßgeblich zu einem globalen Niedergang bei, dann werde die „Holzkopfigkeit“ („the boneheadedness“) der deutschen Regierung die Wirkung der Krise vervielfältigen.

Von Herbert Schui

Ist die Weigerung der deutschen Regierung, einer gemeinschaftlichen Lösung der europäischen Schuldenkrise zuzustimmen, List oder Dummheit? Im ersten Fall muss nach dem Zweck gefragt werden. „Visionen“ werden der Kanzlerin im Allgemeinen abgesprochen. Was also kann der Zweck sein, den die Regierung nicht nennt? Die konkreten Ergebnisse der deutschen Weigerung, der Bedingungen für Hilfen, die die deutsche Regierung stellt, können zur richtigen Antwort führen.

Was verlangt die deutsche Regierung?

Auf dem kommenden EU-Gipfel am 9. Dezember wird die Bundesregierung darauf dringen, die Stimmengewichtung innerhalb der Europäischen Zentralbank zu ändern. Bislang verfügt jeder Staat der Eurozone über eine Stimme. Deutschland strebt an, dass in der EZB künftig die Stimmengewichtung gemäß dem Bruttonsozialprodukt der einzelnen Eurozoneländer verteilt werde. Damit hätte Deutschland die Vorherrschaft in der EZB; ihre Geldpolitik wäre dann wesentlich eine Sache deutscher Entscheidungen.¹

Wiederholt hat Kanzlerin Merkel „Durchgriffsrechte“ gefordert, die die Haushalte von Defizitländern „für null und nichtig erklären“ können.² Dieses Durchgriffsrecht wird zum einen durch „automatische Sanktionsmechanismen (geschaffen), die dem Zugriff politischer Entscheidungen entzogen sind. (...) Der Europäische Gerichtshof (EuGH) soll die Einhaltung der Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch-

setzen und Verstöße ahnden.“ Ebenfalls soll es Durchgriffsrechte geben, wenn ein Land seinem Schuldendienst nicht nachkommen kann. Bei einer Entschuldung – so der Plan der CDU – wird dem betreffenden „Euro-Staat von der Europäischen Kommission ein Sparkommissar an die Seite gestellt, der den Einsatz der staatlichen Mittel sowie die Umsetzung der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen überwacht. Dieser soll Durchgriffsrechte erhalten.“³

Ist das vereinbar mit Demokratie? Der vormalige griechische Ministerpräsident Papandreou hatte, als welchen Motiven auch immer, kurz mit dem Gedanken eines Referendums gespielt. Als er das Vorhaben dann aufgegeben hat, meldete Reuters noch am selben Nachmittag, dass der Euro „angesichts des bevorstehenden Kollapses der Regierung“ kräftig zugelegt hätte und die Kurse an den europäischen Börsen gestiegen wären. „Erst (...) Papandreas Kehrtwende enthüllt den zynischen Sinn dieses griechischen Dramas – weniger Demokratie ist besser für die Märkte.“⁴

Ähnlich hat das Hans Tietmeyer im Februar 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos formuliert: Er war damals Präsident der Deutschen Bundesbank, seit 2000 ist er Kuratoriumsvorsitzender der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“: „Die Rolle der Finanzmärkte als Kontrollinstanz der Politik“, so Tietmeyer, „wird immer wichtiger.“ Die Finanzmärkte erhielten die Chance, die Politiker im Zuge der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Integration zu disziplinieren. „Ich habe aber bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“⁵ Die Finanzmärkte also als letzte Instanz, die über die politische, die demokratisch legitimierte Entscheidung richtet, ihr den Spielraum vorgibt und ihr endgültiges Veto einlegt! Habermas nennt das den „Systemimperativ des verwilderten Finanzkapitalismus“. Aber es waren die Politiker,



¹ Alemania prepara el asalto al disco BCE; www.cincodias.com 12.11.2011, zitiert nach <http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/58202>

² Merkel auf der Regionalkonferenz der CDU in Karlsruhe am 26.9.2011

³ Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland, Beschluss des 24. Parteitages der CDU in Leipzig, 14.11.2011

⁴ Habermas, J., Rettet die Würde der Demokratie, Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.11.2011. Habermas bezieht sich in seinem Beitrag positiv auf einen Artikel des FAZ-Herausgebers Schirmacher mit dem Titel „Demokratie ist Ramsch“ FAZ vom 01.11.2011

⁵Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1996



in Deutschland die Koalition aus SPD und Grünen, die das Finanzkapital von der „Leine der Realökonomie entbunden haben.“⁶

Von einem Zurück zur Demokratie ist in den Beschlüssen der CDU, in der Haltung der deutschen Regierung nichts zu finden. Denn der Sparkommissar, von der EU-Kommission ernannt, soll mit seinem Durchgriffsrecht legitimiert sein, die Beschlüsse eines nationalen Parlamentes zu annullieren. Sicherlich können bei einer neuen europäischen Verfassung, legitimiert durch Volksabstimmungen, die nationalen Parlemente Rechte an das übergeordnete Parlament eines europäischen Bundesstaates abgeben, nicht aber an eine Europäische Kommission und ihren Sparkommissar. Es hilft da auch nicht weiter, wenn die CDU in ihrem Parteitagsbeschluss fordert, dass „der Präsident der Europäischen Kommission künftig von allen Unionsbürgern direkt gewählt“ wird. Das ist ein „Feigenblatt für technokratische Selbstermächtigung eines kerneuropäischen Rates“⁶. Das ist noch keine Demokratie. Und „automatische Sanktionsmechanismen, die dem Zugriff politischer Entscheidungen entzogen sind“ – so die Forderung der CDU in ihrem Beschluss –, sind es ebenfalls nicht. In der Tat: „das griechische Desaster, so Habermas, ist (...) eine deutliche Warnung vor dem postdemokratischen Weg, den Merkel und Sarkozy eingeschlagen haben.“ Wenn Kanzlerin Merkel auf dem CDU-Parteitag eine Vertiefung der Europäischen Union fordert („Wir müssen Schritt für Schritt eine politische Union schaffen.“⁷), dann sollte klar sein: Sie will ein zutiefst wirtschaftliberales, ein neoliberales Europa.

Richtig ist sicherlich, dass die Gemeinschaftswährung ohne ein Mehr an politischer Einigung keinen Bestand haben kann. Bei der Einführung des Euro 2002 war der Fachwelt klar: Es ist riskant, die gemeinsame Währung vor den institutionellen Karren der europäischen Einigung zu spannen. Das gemeinsame Geld hat keine einigende Kraft. Im Gegenteil: Was jetzt als Lösung der Finanzkrise – besonders von Deutschland – angezielt wird, will sich mit Macht über die bestehenden nationalen Einrichtungen hinwegsetzen, sie außer Kraft setzen, statt sie einzubetten in ein institutionelles Rahmenwerk einer weiterentwickelten Europäischen Union. Die deutschen Forderungen sind nichts weiter als die einfache Fortführung des Vertrages von Maastricht (1992). Dieser Vertrag hat Europa zu dem gemacht, was es heute ist, nämlich zu einer reinen Wirtschafts- und Währungsunion mit viel Wirtschaftsfreiheit und Zug um Zug weniger Sozialstaat. Das aber gefährdet diese Union. Denn Wirtschaftsfreiheit vertieft die kapitalistischen Krisen, und der Kampf gegen den Sozialstaat verschafft einem so geeinten Europa keine Mehrheit bei der Bevölkerung. Auch das gescheiterte europäische Verfassungsprojekt aus dem Jahr 2004, der Vertrag von Lissabon (2007), das Projekt Europa 2020 aus dem Jahr 2010 bleiben dieser Linie treu. Mit diesem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzept ist der Bogen überspannt. Das zeigt nicht nur der Widerstand in den

⁶ Habermas, J., Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Frankfurt/Main 2011, S. 42

⁷ Merkel auf dem CDU-Parteitag im Leipzig vom 13. Bis 15. November 2011

Krisenländern. Das Konzept taugt auch nicht als Vorlage zur Lösung der Finanzkrise.

Die Ursache für das Ansteigen der Schuldenquote ist Senkung der Steuern, vor allem der Gewinnsteuern (Unternehmen und private Haushalte). Hierbei läuft der folgende Prozess ab: Zunächst werden die Steuern gesenkt. Die fehlenden Einnahmen sind dann das Argument, um niedrigere Staatsausgaben – besonders im sozialstaatlichen Bereich – zu fordern. Die politische Lösung heißt: Die öffentlichen Kassen sind leer! In dem Ausmaß, in dem die Staatsausgaben tatsächlich gekürzt werden, sinkt nun das Bruttonsozialprodukt. Der Grund: Auch wenn das Nettoeinkommen der Gewinnbezieher (Unternehmen und private Haushalte) nun gestiegen ist, so steigen die Ausgaben aus diesem Einkommen längst nicht in dem Ausmaß, in dem die Staatsausgaben gekürzt worden sind. Die Unternehmen investieren deswegen nicht mehr, die privaten Haushalte (soweit Gewinnbezieher) haben wegen ihres hohen Einkommens eine sehr hohe Sparquote. Steigt ihr Nettoeinkommen, dann steigt ihr Sparen. Hinzu kommt, dass in allen entwickelten Industrieländern der Anteil des Lohnes am Volkseinkommen kontinuierlich absinkt. Das dämpft die Dynamik der Konsumnachfrage und macht höhere Sozialausgaben notwendig, auch wenn die Leistungen pro Kopf verringert werden.

Was ist die deutsche Strategie?

Kanzlerin Merkel hat recht einfache – pädagogische – Vorstellungen darüber, wie künftige Staatsverschuldung zu verhindern ist. Sie fordert Strafe, die zur Besserung führen soll. Es hat etwas Alttestamentarische an sich, wenn sie auf dem Treffen in Straßburg am 24.11.2011 fordert: „Die Länder, die sich nicht an den Stabilitätspakt halten, müssen bestraft

werden – diejenigen, die dem widersprechen, müssen schlechter gestellt werden. Wir müssen sicherstellen, dass sich das (die Schuldenkrise) nicht wieder ereignet.“⁸ Richtig ist: Wenn die Staaten sich nicht verschulden, kann es keine Krise auf dem Markt für Staatsschuldtitel geben. Die Frage ist

⁸ „The countries who don't keep to the stability pact have to be punished – those who contravene it need to be penalised. We need to make sure this doesn't happen again.“ The Telegraph 24.11.2011 <http://www.telegraph.co.uk/finance/financialcrisis/8914163/Germany-unmoved-by-French-pleas-for-more-ECB-action.html>. Vgl. auch Paul Krugmans Blog <http://krugman.blogs.nytimes.com/2011/11/25/video-bringing-fiscal-discipline-to-the-european-periphery/?emc=eta1>



nur, ob sich Staatsdefizite durch einen einfachen Willensakt der Regierungen vermeiden lassen und ob Strafe sie zur Einsicht führt.

Tatsächlich liegt der Grund für die steigende Staatsverschuldung in den entwickelten Ländern in der Disfunktionalität des Kapitalismus eben für diese Länder. Zwei Merkmale dieses Systems sind hier wichtig: Das Kräfteverhältnis des Systems neigt dazu, den Massenkonsum zu minimieren. Der Entwicklungsstand des Systems bringt es mit sich, dass die Investitionsmöglichkeiten beschränkt sind. Der Umfang der Investitionsgelegenheiten ist begrenzt.

Daran kann auch *Europa 2020* – „Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ – nichts ändern. Diese Strategie will zu mehr technischem Fortschritt und damit zu mehr Investitionen kommen. (Intelligentes Wachstum bedeutet, Wissen und Innovation als Vektoren unseres künftigen Wachstums zu stärken – so die Erläuterung in *Europa 2010*.) Diese Strategie aber wird manifeste Grundtendenzen entwickelter Volkswirtschaften nicht einfach beseitigen können. Folglich kann es nicht gelingen, die fehlende Konsumnachfrage durch eine steigende Investitionsgüternachfrage auszugleichen.⁹ Über die Folgen informiert Keynes: Ein „reiches Gemeinwesen (muss) viel weitergehende Investitionsgelegenheiten entdeckken (als ein armes Gemeinwesen), wenn die Sparneigung der reicherem Mitglieder mit der Beschäftigung der ärmeren vereinbart werden soll. Wenn in einem potentiell reichen Gemeinwesen die Anreize zu investieren schwach sind, wird es das Prinzip der effektiven Nachfrage, trotz seines potentiellen Reichtums, zwingen, seine tatsächliche Produktion zu verringern, bis es, trotz seines potentiellen Reichtums, so arm geworden ist, daß sein Überschuß über seinen Verbrauch genügend verringert worden ist, um den schwachen Anreizen zu investieren zu entsprechen.“¹⁰

Um aber nicht zu arm zu werden, „den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft“ nicht zu sehr zu gefährden, wird eine Entschärfung der Lage in Staatsdefiziten gesucht. Diese absorbieren einen Teil des potentiellen Überschusses, der nicht in Form von Investitionsgütern nachgefragt wird. Bekanntlich fordert Keynes, die Sparneigung der Gesellschaft durch eine Verteilung zugunsten der niedrigen Einkommen abzusenken.¹¹ Ihm ist offenbar klar, dass dies die Investitionsneigung weiter absenken würde. Deswegen: „Ich denke mir daher, so Keynes, daß eine ziemlich umfassende gesellschaftliche Steuerung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.“¹² Verteilungspolitik aber und eine gesellschaftliche Steuerung der Investitionen (Investitio-



nen also, die nicht von den Gewinnerwartungen abhängen), dieses Vorgehen, um die Tendenz zur Staatsverschuldung zu beseitigen, diese definitive Schuldenbremse ist von dieser deutschen Regierung, von keiner Regierung der Euro-Zone gegenwärtig zu erwarten.

Folglich werden sich die Regierungen schließlich darauf einigen, die Schuldenkrise mithilfe der Zentralbank und der Ausgabe von Euro-Bonds einzudämmen und den Euro so zu retten. Hierfür setzen sich die führenden Wirtschaftszeitungen seit langem ein. (Das tun sie nicht gegen das Interesse der tonangebenden Geschäftswelt aus Industrie und Finanz.¹³) Besonders die Finanzunternehmen der Euro-Zone sind daran interessiert, mit dem Euro als Leitwährung Geschäfte zu machen und unmittelbaren Zugang zu haben zur Zentralbank, die diese Leitwährung bereitstellt. Sie haben ein lebhaftes Interesse an der Rettung des Euro. Die Regierungen aller Länder der EU – außer Deutschland – argumentieren ähnlich. Ein Grund für diese Haltung ist sicherlich, dass ein Außenhandelsdefizit mit Ländern der Euro-Zone keine Zahlungsbilanzkrisen auslösen kann. Denn um überschüssige Importe zu bezahlen, sind keine Devisen nötig. Zahlungsbilanzkrisen aber wären auch fatal für die deutsche Exportindustrie, die mehr als die Hälfte ihrer Geschäfte mit den Euro-Ländern macht. Druck kommt ebenfalls aus den USA. Hier ist vor allem die Sorge groß, dass viele US-Banken in Schwierigkeiten kommen, wenn die Anleihen einer großen Zahl von Euro-Ländern abzuschreiben sind. Überdies würde eine Krise in Europa die Exporte der USA senken. Das steigert die Arbeitslosigkeit in den USA.

Angesichts dieses Drucks ist eine pragmatische Lösung in Sicht. Sicherlich wird die deutsche Regierung alles daran setzen, für ihre Zustimmung zu Eurobonds und zu einer verstärkten Intervention der EZB Zugeständnisse einzuhandeln. Es geht um eine Wirtschaftsunion, in der die Freiheit der Unternehmen weniger denn je eingeschränkt ist. Das ist der tieferliegende Zweck des Durchgriffsrechtes. Entscheidend ist hier nicht nur, dass die EU-Kommission wesentlich über die Einnahmen und Ausgaben der Euro-Staaten entscheidet, ebenso wichtig sind die Folgeentscheidungen der betroffenen Parlamente, so besonders zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Das bedeutet weniger Kündigungsschutz, Zeitverträge, ungehinderter Zugang aller Unternehmen in jedes EU-Land.

⁹ In den westeuropäischen Ländern fällt die der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in der Zeit von 1980 bis 2010 von 24 auf 19 Prozent, während er in den fortgeschrittenen Ländern Asiens (natürlich China und Indien) von 32 auf 42 Prozent ansteigt.

¹⁰ Keynes, J., M., Allgemeine Theorie, a.a.O. S. 27

¹¹ „Der Staat wird einen leitenden Einfluss auf die Konsumneigung teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch Festlegung des Zinssatzes (...) ausüben müssen.“ Keynes, Allgemeine Theorie, a.a.O. S. 318

¹² Ebenda, S. 319

¹³ David Bloom, HSBC-Chef-Währungsstrateg, hält den Austritt einzelner Staaten aus der Eurozone für fatal. Die Aussteiger müssten Kapitalverkehrskontrollen einführen, den Wechselkurs festsetzen und die Banken verstaatlichen. „Es würde ohne Zweifel einen Run auf die Banken geben, das komplette System würde kollabieren.“ Am Ende drohe eine zweite große Depression. „Ich glaube nicht, dass irgendwer in Europa so blöd ist, dass er das erlauben würde.“ Handelsblatt, 25.11.2011



Kurz, es geht darum, den ganzen Komplex der Hartz-IV-Gesetzgebung in der EU zur Norm zu machen. Andere Folgen der Sparauflagen sind umfangreiche Privatisierungen in den Krisenländern. In Italien dürfte der staatliche Energiekonzern ENI mit einem Umsatz von 98 Milliarden Euro im Jahr 2010 als erster auf der Privatisierungsliste stehen, desweitern der Industriekonzern Finmeccanica mit einem Umsatz von rund 18

Milliarden Euro. Griechenland wird Staatsbetriebe in einem Wert von 50 Milliarden Euro verkaufen müssen.¹⁴ Das Interesse der deutschen Konzerne ist groß. Auch das kann die gegenwärtige sture Haltung der deutschen Regierung erklären. ■

¹⁴ Gerhard Feldbauer, Deutsch-Europa Italien von Konsortium regiert. BRD-Konzerne wollen Kontrolle in Krisenstaaten, Junge Welt 22.11.2011

Kurzinfos

Nicht-Mitgliedschaft zahlt sich aus

Die von Island im Juni 2011 emittierte Anleihe zeigt, dass dem Land die Rückkehr an den Kapitalmarkt gelungen ist. Dieser Erfolg ist interessant, weil Island vieles gemacht hat, wovon den heutigen Krisenstaaten dringend abgeraten wird. Im Sekundärmarkt verzeichnete das Papier dem eher negativen Marktumfeld zum Trotz sogar leichte Kursgewinne. Das beeindruckt insofern, als die Anleihe angesichts des Zusammenbruchs der heimischen Banken im Jahr 2008 erstaunlich billig an den Markt kam.

Damit kam das Land speziell im Vergleich mit Irland schneller als erwartet aus der Krise heraus. Während sich Irland mit den Garantien für die Bankschulden einen enormen finanziellen Mühlstein umgehängt hat, begrenzte die isländische Regierung – weil die sozialdemokratische Regierung durch Volksabstimmungen dazu gezwungen wurde – die potenzielle Explosion der Staatsschuld dadurch, dass sie sowohl die Aktionäre wie auch die andernorts geschonten Obligationare umstandlos in die Pflicht nahm. Einige Kreditanalytiker sagen heute, dass Island im Prinzip keine Alternative zum Banken-Default hatte, weil die Übernahme der Bankschulden die finanzielle Belastbarkeit des Staates überschritten hätte. Allerdings konnte sich Irland, wie sich mittlerweile gezeigt hat, die umfangreichen Garantien für die Banken ebenso wenig leisten – hat sie aber dennoch gegeben.

Island hingegen hat einen guten Teil der Verluste dort delegiert, wo sie hingehören. Da Island auch die ausländischen institutionelle Anleger, die offensichtlich die Risiken falsch einschätzten, bluten liess, war der Schaden im Inland geringer. Allerdings hatten die isländischen Banken keine besonders grossen Anleihevolumen ausstehen. Statt über die Ausgabe von Anleihen finanzierten sie ihre internationale Expansion zu einem guten Teil über Spareinlagen, die auch im Ausland vor dem Ausbruch der Fmanzkrise mit attraktiven Zinsen erfolgreich eingeworben worden waren. In der Krise garantierte die isländische Regierung dann nur noch die inländischen Einlagen und «foutierte» sich um die Ausländer.

Belastet wurden dadurch vor allem institutionelle Anleger der Online-Bank Icesave in Grossbritannien und den Niederlanden. Zu beiden Ländern sind die politischen Beziehungen noch heute belastet. Der Icesave-Streit soll nach dem zweiten negativen Referendumtscheid nun auf rechtlichem Weg entschieden werden. Die «Kaltschnäuzigkeit» der Isländer entwickelt sich im Nachhinein zu einem nicht zu unterschätzenden Vorteil. Möglich bzw. unumgänglich war der isländische Sonderweg wohl auch, weil man auf das Nicht-

EU-Mitglied weniger gut Druck zur Zurückzahlung von Anleihen und Einlagen ausüben konnte als auf die EU-Krisenstaaten.

Inzwischen hat das Land nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IMF) grosse Fortschritte gemacht, wobei im letzten Island-Bericht besonders Verbesserungen im öffentlichen Haushalt, die Stabilisierung der isländischen Krone und die Rückkehr zu tiefen Inflationsraten gelobt wurden. Beobachter gehen heute davon aus, dass Island trotz immer noch grossen Schwierigkeiten wie der hohen Verschuldung des Privatsektors nicht zuletzt dank der gut ausgebildeten Bevölkerung mittelfristig wieder auf einen soliden, Wachstutspfad kommt. Der Wille von Regierung und Bevölkerung zu einer soliden Haushaltsplik unterscheidet das Land grundsätzlich von Griechenland, wo die Probleme auch beim ineffizienten und korrupten Staat und vor allem bei einer kaum wettbewerbsfähigen Wirtschaft liegen.

Den Iren, bei denen das Hauptproblem wie bei Island bei den Banken lag, hätte – wie das Beispiel Island nahelegt – mehr Chuzpe helfen können. Stattdessen leiden die Iren heute darunter, dass sich die damalige Regierung als besonders mustergültiger Schuldner erweisen wollte. Der Kapitalmarkt jedenfalls hat die isländische Dollaranleihe zu Konditionen akzeptiert, von denen Irland derzeit nur träumen kann. NZZ, 7. Juli, 2011, S. 29

Draghi – Vertreter der Finanzindustrie als Direktor der EZB

Draghi, der neue Chef der Europäischen Zentralbank, war früher Vizepräsident der Goldman Sachs International, eines weltweit tätigen Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmens mit Sitz in New York. Er ist zudem Mitglied der erlesenen Clubs "Gruppe der Dreissig" (Group of Thirty), eine Gruppierung von ausgewählten Personen von Topbeamten, -bankern und -managern von Multis sowie und ein paar Professoren, welche versuchen, auf die Regulierung des Finanzsystems Einfluss zu nehmen. <http://www.corporate-europe.org/sites/default/files/publications/Group%20of%20Thirty.pdf> [28. November 2011]



„Wir kriegen entweder mehr Europa , oder das Projekt wird sterben“

Jetzt wird Deutsch gesprochen

Berlin verlangt eine dominierende Stimmenmehrheit in zentralen Institutionen der EU. Wie die spanische Wirtschaftspresse berichtet, plant die Bundesregierung, auf dem nächsten EU-Gipfel Anfang Dezember 2011 eine Neuverteilung der Stimmengewichtung in der Europäischen Zentralbank (EZB) zu fordern. Demnach sollen die Stimmen künftig entsprechend dem Bruttonsozialprodukt gewichtet werden. Damit bekäme Deutschland nicht nur heute, sondern mutmaßlich auf Dauer eine beherrschende Stellung in der wichtigsten geldpolitischen Institution Europas. Das bisherige Prinzip, nach dem jeder souveräne Staat in der EZB gleich behandelt wird, entfiele ersatzlos. Die Forderung, die die Bundesregierung bislang noch nicht offiziell geäußert hat, führt die Neuordnung der Eurozone gemäß deutschen Interessen fort, die seit geraumer Zeit im Gang ist und von führenden Berliner Politikern mit der Erläuterung versehen wird, Europa stehe „eine neue Zeit“ bevor. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, ein Vertrauter der deutschen Kanzlerin, fasst die Entwicklung mit knappen Worten zusammen: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen.“

Von der deutschen German-Foreign-Policy.com, Informationen zur deutschen Aussenpolitik

Durchgriffsrechte

Begleitet von offen chauvinistischen Ausfällen hat die Parteiführung der CDU ihre Parteitags-Delegierten auf eine aggressive Europapolitik der Bundesregierung eingeschworen. Die deutschen Konservativen geben sich fest entschlossen, auf dem bevorstehenden EU-Gipfel Anfang Dezember 2011 eine umfassende Umgestaltung der Europäischen Union nach deutschen Interessen durchzusetzen. „Bisher haben wir uns in die Situation anderer Familienmitglieder nicht eingemischt“, behauptete Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer europapolitischen Grundsatzrede auf dem Parteitag der CDU vom 13.-15. November 2011, doch gehe es so nicht weiter: „Wir müssen eine Klagemöglichkeit gegen solche Staaten bekommen“, die derzeit in den Sog der Schuldenkrise gerissen werden. Zum wiederholten Male forderte die Bundeskanzlerin „Durchgriffsrechte“ der EU-Bürokratie in verschuldeten EU-Mitgliedsländern. Für Deutschland gebe es keine Alternative zu einer Vertiefung der Europäischen Union, erklärte Merkel: „Wir müssen Schritt für Schritt eine politische Union schaffen.“[1]

EU-Sparkommissar

Ihre Zielsetzungen hat die CDU in einem Leitantrag konkretisiert, der in der Forderung gipfelt, das Amt eines „EU-Sparkommissars“ zu schaffen. Er soll künftig in Eurozonenländern direkt – an den Parlamenten vorbei – in die Haushaltspolitik eingreifen können, sobald die betroffenen Staaten eine bestimmte Verschuldungsgrenze überschreiten. „Wir müssen eine Fiskalunion bauen“, erklärte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble dazu. In diese Fiskalunion sollen laut CDU-Leitantrag auch automatische Sanktionen gegen verschuldete Länder Eingang finden, die laut dem bisherigen Regelwerk erst nach Abstimmungen in EU-Gremien verhängt werden können. Zudem will die CDU den sogenannten EU-Rettungsschirm EFSF zu einer Art „Europäischem Währungsfonds“ umbauen, der dann mit der Durchsetzung und

Überwachung von Austeritätsprogrammen in der Peripherie der Eurozone betraut würde. Schließlich sollen künftig nur noch EU-Staaten der Währungsunion beitreten können, die eine „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild in ihrer Verfassung verankert haben. Einer Beteiligung Deutschlands an den Kosten der Krise, die ja nicht zuletzt durch die exzessiven Leistungsbilanzüberschüsse der deutschen Exportwirtschaft gegenüber der südlichen Eurozone eskalierte [2], erteilte die Bundeskanzlerin hingegen unter Zurückweisung der Rufe nach europäischen Anleihen erneut eine Absage: „Die Vergemeinschaftung der Schulden darf es nicht geben.“[3]

Eine neue Zeit

Der Merkel-Vertraute und Fraktionschef der CDU, Volker Kauder, beschwore auf dem Parteitag eine „neue Zeit“, in die Deutschland ganz Europa führen solle: „Wir befinden uns in Europa in einer gewissen Zeitenwende. (...) Wir spüren, dass wir dieses Europa in eine neue Zeit führen müssen.“[4] Kauder erlaubte es sich zudem, auf die bereits erreichte Dominanz Deutschlands innerhalb der EU hinzuweisen: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen“ [5], erklärte er unter Verweis auf die rabiaten Sparkpakete, die Berlin den verschuldeten

[2] s. dazu [Die deutsche Transferunion](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57964), <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57964>

[3] CDU will für EU einen neuen Vertrag; [diepresse.com](http://www.diepresse.com) 14.11.2011

[4] Kauder-Rede beim CDU-Parteitag: „Auf einmal wird Deutsch gesprochen“; www.welt.de 14.11.2011

[5] Kauders Euro-Schelte: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen“; www.spiegel.de 14.11.2011

[1] CDU will für EU einen neuen Vertrag; [diepresse.com](http://www.diepresse.com) 14.11.2011



Ländern aufgenötigt hat. Auch die künftige einheitliche EU-Finanzpolitik soll laut Kauder auf drei deutschen Maximen beruhen: „Schuldenbremse, Haushaltsdisziplin und stärkere Kontrolle.“ Zudem griff er potenziellen Widerstand in Großbritannien gegen die Transformation der EU gemäß deutschen Interessen scharf an: „Nur den eigenen Vorteil suchen zu wollen und nicht bereit sein, sich auch einzubringen – das kann nicht die Botschaft sein, die wir den Briten durchgehen lassen.“

Motivationshilfe

Die Bundesregierung fordert von London, den Widerstand gegen die Umstrukturierung der EU aufzugeben und unter anderem der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zuzustimmen. Die Spannungen zwischen Berlin und London erreichten im Vorfeld des Treffens von Premier David Cameron mit Kanzlerin Merkel einen neuen Höhepunkt, nachdem der britische Regierungschef erstmals öffentlich die deutsche EU-Politik kritisiert hatte.[6] Es sei „schwierig zu verstehen“, wieso die EZB nicht mehr unternehme, um den verschuldeten Ländern zu helfen, erklärte Cameron; er spricht sich – ähnlich wie viele andere europäische Regierungschefs – seit Wochen immer deutlicher für massive Aufkäufe von Staatsanleihen etwa Griechenlands und Italiens aus, um deren Zinsniveau zu senken und damit etwaige Staatsbankrotte in der Eurozone zu verhindern. Großbritannien weist aufgrund einer solchen expansiven Geldpolitik eine niedrige Zinslast von etwas mehr als zwei Prozent auf, obwohl die Finanzlage in London kaum besser als in Madrid ist.

Die Kehrseite stellt jedoch eine relativ hohe Inflationsrate dar, die im vergangenen September 5,2 Prozent erreichte. Einer expansiven Geldpolitik stellt sich Berlin jedoch nach wie vor vehement in dem Weg, obwohl die Schuldenkrise nun aufgrund rasch ansteigender Zinslasten auch Frankreich, Belgien und sogar Österreich zu erfassen droht.[7] Am 9. November 2011 stellte Bundesbankpräsident Jens Weidmann abermals klar, dass Berlin massive Anleiheaufkäufe durch die EZB weiterhin ablehnt.[8] Die hohe Zinslast in Südeuropa sei, erklärte er, als eine Art Motivationshilfe bei den nun anstehenden Sparanstrengungen notwendig: „Da ist auch das Risiko, dass man die Anreize abwürgt, die der Markt aussendet (...). Man wird die Krise nicht lösen, wenn man die Anreize zum Handeln für die italienische Regierung reduziert.“[9]

Dominierend

Neben ihren von wachsendem Erfolg gekrönten Bemühungen, der Eurozone eine repressive Krisenpolitik zu diktieren, will die Bundesrepublik nun auch größere direkte Kontrolle über die wirtschaftspolitisch maßgeblichen Institutionen der EU

erlangen. Das Drängen nach mehr Einfluss in den EU-Institutionen begleitet den Ruf nach einer „Fiskal-“ sowie einer „politischen Union“, deren Einrichtungen damit auch formell unter deutsche Kontrolle gerieten. Die spanische Wirtschaftszeitung Cinco Dias berichtete unlängst unter Berufung auf diplomatische Kreise von Plänen der deutschen Regierungskoalition, einen „Angriff“ auf die Entscheidungsstrukturen innerhalb der EZB zu starten.[10] Demnach werde die Bundesregierung auf dem kommenden EU-Gipfel am 9. Dezember 2011 insistieren, die Stimmengewichtung innerhalb der Europäischen Zentralbank zu ändern. Bislang verfügt jeder Staat der Eurozone über eine Stimme. Nun wolle die Bundesregierung durchsetzen, heißt es, dass in der EZB künftig die Stimmengewichtung gemäß dem Bruttonsozialprodukt der einzelnen Eurozonenländer verteilt werde. Dies würde der Bundesrepublik als der größten Volkswirtschaft der Eurozone eine dominierende Stellung in dem entscheidenden geldpolitischen Gremium der Eurozone sichern.

Europa: Deutsch oder tot

Sollte sich die deutsche Vorherrschaft in der Eurozone mittels einer institutionellen Umgestaltung der Währungsunion nicht dauerhaft festschreiben lassen, stellt Berlin ein Ende der europäischen Integration in Aussicht. Der CDU-Finanzpolitiker wird mit der Aussage vom CDU-Parteitag zitiert, dass „wir entweder mehr Europa kriegen, oder das Projekt wird sterben“.[11] 17.11.2011 ■

[10] Alemania prepara el asalto al díscalo BCE; www.cincodias.com 12.11.2011

[11] Merkel Risks EU Clash Over Political Union Push to End Europe Debt Crisis; www.bloomberg.com 14.11.2011

[6] Why isn't Germany doing more for the euro, asks David Cameron; www.telegraph.co.uk 15.11.2011

[7] Hohe Zinsen: Spekulanten wetten gegen Spanien, Belgien, Frankreich; www.spiegel.de 16.11.2011

[8] Weidmann Says ECB Can't Print Money to Finance Public Debt; www.businessweek.com 09.11.2011

[9] Bundesbank chief champions purist approach; www.ft.com 10.11.2011



Mehr Demokratie statt mehr „Europa“

Euro-Krise – kein Weg aus der Falle?

Die meisten Ökonomen waren gegenüber einer einheitlichen Währung skeptisch eingestellt. Die Politiker haben sie aus unterschiedlichen Gründen trotzdem durchgedrückt – ohne dass dieser weitreichende Schritt in den meisten Ländern demokratisch legitimiert wurde. Dort wo Volksabstimmungen stattfanden wurde eine immense Propaganda-Walze in Gang gesetzt. Die Länder des Südens hofften auf billiges Geld, die des Nordens auf einen Zwang zu immer mehr „Europa“ und damit die Stärkung des EU-Grossmachtprojektes, sowie auf Vorteile der eigenen Exportwirtschaft.

Von Paul Ruppen

Ökonomische Einwände

Die meisten Ökonomen waren dem Euro-Projekt gegenüber skeptisch eingestellt – aus verschiedenen Gründen und je nach polit-ökonomischer Warte. Eine gewisse Einigkeit herrschte gegenüber folgenden Kritikpunkten: Durch die einheitliche Währung fällt der Wechselkursmechanismus bei ungleicher Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit verschiedener Volkswirtschaften weg. Ungleichgewichte können dann nur noch über folgende drei Mechanismen ausgeglichen werden.

- 1) Wanderbewegungen von Arbeitskräften. Diese sind in der EU – im Vergleich etwa zu den USA – relativ schwach ausgeprägt. Insgesamt hat bisher ungefähr 5% der EU-Bevölkerung einmal in ihrem Leben von der „Freizügigkeit“ profitiert. Wegen der Sprachenproblematik werden diese Wanderbewegungen in der EU relativ beschränkt bleiben.
- 2) Finanzausgleich. Dieser ist in der EU schwach ausgeprägt. Die EU selber hat ein Budget von ca. 1.24% des Bruttosozialproduktes der Mitgliedstaaten. In Bundesstaaten beträgt der Finanzausgleich jeweils zweistellige Prozentbeträge des Bruttosozialproduktes. Die aktuellen Diskussionen in der EU drehen sich teilweise um die Erhöhung dieser Beiträge, um in Richtung „Transferunion“ zu gehen. Die heftigen Debatten, welche eine solche Erhöhung in den allfälligen Geberländern auslösen, lassen bezüglich einer genügenden Erhöhung des Finanzausgleichs Zweifel übrig. Aber auch auf Seiten der Nehmerländer sind Widerstände programmiert. Es ist nicht sicher, dass die Griechen von deutschen Geldern – angesichts entsprechendem Stammtischgerede in deutschen Zeitungen – abhängig sein möchten.
- 3) Druck auf Löhne und Sozialversicherungen. Dies ist der im Augenblick eingeschlagenen Weg. Es wird allerdings schwierig sein, den Bevölkerungen in den betroffenen Ländern die EU-Integration schmackhaft zumachen, wenn Sie dafür massiv leiden müssen. Die euronationale Verblendung wird ihre Grenzen kennen. Immerhin wurden die meisten der bisherigen Intergrationsschritte durch angeblich zu erwartende ökonomische Segnungen an den Mann und (etwas weniger) an die Frau gebracht.

Auf Biegen und Brechen

Die eben erwähnten Probleme der Währungsunion waren bekannt. Es stellt sich die Frage, wieso die Politiker das

Projekt trotzdem durchdrückten. Dafür gibt es verschiedene Gründe, die bei den verschiedenen Politikern und in den verschiedenen Ländern unterschiedlich gewichtet wurden. Die Länder des „Südens“ hofften auf billiges Geld. Das wurde als Grund für die Teilnahme an der Währungsunion öffentlich kommuniziert. Entsprechend sind die heutigen Schuldenprobleme nicht vom Himmel gefallen – sie haben sich damals offiziell angekündigt. Die Wirtschaft in exportstarken Ländern erhoffte sich Exportmärkte, ohne durch eine starke Währung für ihre Exportkraft bestraft zu werden. Politiker mit Grossmachtaspirationen wie Kohl und Mitterand sahen offenbar in der Währungsunion und in der daraus folgenden Krise die Möglichkeit, den europäischen Bundesstaat auf Biegen und

Brechen durchzudrücken. Beim Grossmachtprojekt geht es – erklärter Weise – um die weltweite und langfristige Sicherung von Absatzmärkten und Rohstoffen für die eigene Wirtschaft. Fürs grössere Publikum – vor allem die mobilen Mittelschichten – wurden die Reiseerleichterungen durch den Wegfall des Geldwechsels aufgebauscht, eine völlige Nebensächlichkeit.

Exportmeisterliche Profiteure

Profitiert von der Währungsunion haben die Staatsbürokratien in den südeuropäischen Ländern, die zu billigem Geld kamen. Durch den Geldüberfluss gab's dann auch einen Bau- und Immobilienboom. Die entsprechende Entlastung wirkte allerdings nur kurzfristig und wie eine Drogie – der Kater danach entspricht der kurzen Euphorie. Profitiert haben aber vor allem die exportstarken Länder, besonders Deutschland. Durch den von den deutschen Gewerkschaften mitgetragenen Druck auf die deutschen Löhne wurde die Exportstärke zusätzlich gedopt und die Länder des Südens ökonomisch an den Rand gedrückt, ohne dass sich diese mit einer eigenständigen Währungspolitik hätten wehren können. Die



Quittung in Form von Forderungen nach Schuldenerlass oder billigeren Zinsen (Eurobonds, Rettungsschirm, Aufkaufen von Bonds durch die Europäische Zentralbank, etc.) kommen den Gewinnern ungelegen. In echt europäischer Solidarität möchten sie sich mit dem Profitieren begnügen, ohne etwas zurückzugeben. Für jedes kleine Entgegenkommen verlangen sie politische Sonder- und Durchgriffsrechte: wer hat, soll noch mehr bekommen und wer verliert, soll alles verlieren. Immerhin bringt das „Europa“ auf den Punkt.

Mehr „Europa“?

Mehr „Europa“, wie etwa von sozialdemokratischer Seite und von der EU-Finanzindustrie in den Zentren der EU gefordert, wird die grundlegenden Probleme nicht lösen. Eine Bundesstaat mit genügend grossen Ausgleichszahlungen ist auf absehbare Zeit nicht realisierbar und würde die „Randregionen“ der EU definitiv in eine unfreundliche Abhängigkeit von den Geberländern führen. Die wirtschaft-

liche Spezialisierung in einer Währungsunion führt zu einer Verschärfung der ungleichen Entwicklung in der EU: hochindustrialisierte Zentren mit hochspezialisierten Dienstleistern auf der einen Seite werden Landwirtschafts- und Tourismuszonen sowie einer arbeitsintensiven Billiglohn-industrie gegenüber stehen. Dies völlig unabhängig davon, ob das EU-Parlament nun diesen Namen verdient oder nicht. Was Staaten bei selbstbestimmter Regulierung selber leisten könnten, sollte jedoch nicht mittels unfairen Wettbewerbs durch die Zentren abgewürgt werden, die ihre Profite dann durch Umverteilung via „lokale“ Staatsbürokratien teilweise abgelten. Besser, effizienter und sozialer als mehr „Europa“ wäre deshalb mehr Demokratie in den Mitgliedstaaten der EU und Abschaffung der unseligen Währungsunion, um den ökonomisch schwächeren Ländern wieder mehr Spielraum für eine Wirtschaftspolitik zu geben, die ihren Bevölkerungen dient. ■

Kurzinfos

Lobbyingstudie: 39 Prozent der Ex-EU-Kommissare endeten als Lobbyisten

Politiker sollten eigentlich als starke, unabhängige Pfeiler für einen gerechten Ausgleich der unterschiedlichen Gesellschaftsinteressen sorgen. Stattdessen verkommen sie immer öfter zu Abteilungsleitern von Großunternehmen, etwa indem sie lukrative Jobangebote für die Zeit nach ihrer politischen Karriere von diesen Unternehmen annehmen. Professor Roland Vaubel von der Universität Mannheim analysierte mit seinen Kollegen die Werdegänge von 92 ehemaligen EU-Kommissaren und kam zu alarmierenden Ergebnissen. 39 Prozent der Ex-EU-Kommissare wurden nach ihrer Amtszeit Lobbyisten. Bei den konservativen EU-Kommissaren liegt der Prozentsatz sogar bei 50 Prozent. „There is Life after the Commission: An Empirical Analysis of Private Interest Representation by Former EU-Commissioners“ (coauthors: Bernhard Klingen, David Müller), Review of International Organizations, Vol. 7 (1), 2011.

nach wie vor niedrig“ heißt es im Jahresbericht 2009 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union. Das bestätigt auch ein aktueller Bericht der EU-Kommission (Quarterly report on financial corrections at 30th June 2011 Cohesion policy, Ref. Ares(2011)870818 - 10/08/2011). Daraus geht hervor, dass seit 1994 alleine im Bereich der Kohäsionspolitik rund 2,5 Milliarden Euro (!) unrechtmäßig ausgezahltes Steuergeld bis zum 30. Juni 2011 noch immer nicht eingezogen wurde. Eine Praxis, die zu weiteren Unrechtmäßigkeiten nur so einlädt.

Gemäß Artikel 317 des Vertrags von Lissabon führt die EU-Kommission den Haushalt „zusammen mit den Mitgliedstaaten“ aus, aber „in eigener Verantwortung.“ Sprich, rund 80 Prozent der EU-Ausgaben werden zur Verwaltung an die Mitgliedstaaten delegiert, die Verantwortung bleibt jedoch offiziell bei der EU-Kommission. Dieses geteilte Management schafft diffuse Verantwortlichkeiten mit entsprechenden Kontrollproblemen. <http://www.ehrenhauser.at/lang/de/blog/korrekturverweigerung/> [20.November 2011]

Korrekturverweigerung

Derzeit fließen jährlich rund 90 Prozent der etwa 120 Milliarden Euro an Einnahmen wieder retour an Empfänger in den 27 EU-Mitgliedstaaten. Rund zwei Drittel in Landwirtschaft und Kohäsion. In den letzten sechzehn (!) Jahren konnte der Europäische Rechnungshof in diesen beiden Politikbereichen nie eine positive Zuverlässigkeitserklärung erteilen. Die Zahlungen „seien im wesentlichen Ausmaß mit Fehlern behaftet“ und die Kontrollsysteme seien nur „bedingt wirksam,“ heißt es im Jahresbericht 2010. Und: Alleine im Bereich Kohäsion hätten im Haushaltsjahr 2009 mindestens 1,5 Milliarden Euro „nicht erstattet werden dürfen.“

Auch wenn die Ursache hauptsächlich Formalfehler und weniger Korruption sind, darf eine Korrektur von unrechtmäßigen Zahlungen nicht systematisch verweigert werden. Das ist jedoch der Fall. Die „Einziehungsquoten sind

Das Magazin: Sollte Europa mehr direkte Demokratie wagen? Joschka Fisher: „Ich will nicht mehr direkte Demokratie. Den Grünen sage ich immer, warum sollen ausgerechnet wir als noch kleine Partei auf Mehrheiten in direktdemokratischen Umfragen hoffen? Deutschland wäre nicht in die Nato eingetreten, es wäre auch nicht zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gekommen, und ebenso wenig hätten wir mittels direkter Demokratie den Euro eingeführt. Auch die Osterweiterung wäre nicht gekommen.“ (Das Magazin, No 7, Februar 2011, Tamedia, Zürich).



Buchbesprechungen



Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas

Hans Magnus Enzensberger publizierte anfangs Jahr 2011 ein kleines Büchlein über die EU-Integration. Er startet mit einem Lob – wohl um den Vorwurf der „Europagegnerschaft“ abzuwehren, der im euronationalen Klima der deutschen „Eliten“ als eine Art Blasphemie betrachtet wird. Das Heilige ist seit je das Nationale – die jeweils als optimal betrachtete, emotional aufzuladende territoriale Organisation, um sich mehr als einem zusteht vom Weltkuchen abzuschneiden. Enzensberger wiederholt dabei Klassiker der EU-Ideologie – Frieden, Wegfall von Wechselkursgebühren, Anschlussmöglichkeiten von zu Hause gekaufter elektrischer Geräte in der ganzen EU, Zerschlagung von Kartellen, Regionalförderung in entlegenen Gegenden der EU.

In Nebensätzen setzt er manchmal zu den erwähnten Leistungen Fragezeichen. „Auch um andere Probleme, die nur gemeinsam zu lösen sind, hat sich die Europäische Union verdient gemacht. Seit Jahren versucht sie, ohne durchschlagenden Erfolg, dem lächerlichen Flickwerk ein Ende zu machen, das die Kontrolle des europäischen Luftraums zu einem gefährlichen Geduldspiel macht“. Das Fehlen eines Erfolges als Verdienst! Bezuglich Regionalförderung erwähnt er die Kritik des EU-Rechnungshofes, der bemängelt, dass 36% dieser Projekte unter falschen Voraussetzungen gefördert wurden. Oder, „Vor allem aber ist es die Landwirtschaft, die sich gewaltiger Subventionen erfreuen kann. Besonders die Grossbetriebe werden aus dem grössten Topf des Brüsseler Haushalts bedacht; für die Agrarpolitik stehen rund 59 Milliarden Euro zu Verfügung“. Nach diesem nachmal ziemlich zwiespältigen Lob schliesst er: „Dennoch handelt es sich insgesamt um Wohltaten, die sich sehen lassen können. Sollte man also den Brüssler Wächtern zu den schönen Resultaten gratulieren []?“ „Unbedingt nötig ist das nicht; denn diese Mühe nehmen uns die europäischen Behörden gerne ab“ (S.9).

Nach dem Lob folgt die Kritik, zuerst an der Propaganda und gewissen Sprachregelungen der EU. „Mit fünf Millionen Euro jährlich subventioniert die EU den Sender Euronews und mit sechs das weithin unbekannte Radionetzwerk Euronet. Auch das Europaparlament gönnt sich einen eigenen Fernsehkanal namens Europarl tv, den es sich zehn Millionen kosten lässt, obwohl er nur wenige Zuschauer hat. Vieles was es dort zu sehen und zu hören gibt, erinnert an Hofberichterstattung“ (S. 11). Er legt dar, wie die EU-Bürokratie Kritik als „antieuropäisch“ diffamieren will – trotz oder wegen der fehlenden demokratischen Legitimation. Sie versucht die Meinungsbildung selbst in die Hand zu nehmen – mangels des Fehlens einer „europäischen Öffentlichkeit, die diesen Namen verdienen würde“. Im Gegensatz zu Wahlen oder Abstimmungen, die lästig sind, leisten – selbst in Auftrag gegebene – Umfragen gute Dienste. Man beruft sich auf Ergebnisse des „Euro-Barometers“, um sein Tun zu legitimie-

ren.

Nach den Jahresberichten des EU-Rechnungshofes liegen die Verwaltungskosten der EU bei 6% des Gesamtbudgets. „Das wären genau 8.2 Milliarden Euro. Andererseits behaupten Leute, die sich nur in Brüssel sondern auch in Österreich auskennen, die Verwaltung der Stadt Wien sei ebenso teuer wie die der Europäischen Union. Das hört sich abenteuerlich an, solange man nicht bedenkt, dass eine Grosstadt für allerhand zu sorgen hat, was die EU anderen überlässt, wie ihre Müllabfuhr, ihre Sozialbehörden, und viele andere Kostgänger“ (S. 17). Gegenüber Kritikern an der EU-Bürokratie möchte Enzensberger die EU-Beamten aber trotzdem in Schutz nehmen: „Es ist sicher kein Vergnügen, eine Sechzigstundenwoche einem Klima von Unpopulärheit, internen Konflikten, Blockaden und Intrigen zuzubringen, gar nicht zu reden von dem berufsbedingten Realitätsverlust, der unvermeidlicherweise jeder politischen Klasse droht und der natürlich mit der geographischen Entfernung von den übrigen Einwohnern unseres Kontinentes wächst. Es ist kleinlich und unangebracht zu fordern, dass ein derart erbarmungswürdiges Dasein auch noch schlecht bezahlt werde“ (S. 18).

Schwerer als die Bürokratisierung wiegt für Enzensberger der Vorwurf an die EU, sich überall in den Alltag der „Europäer“ einzumischen. Allerdings ist dieser Regulierungswahn durchaus ein Ausfluss der Bürokratie. Er zählt die Bereiche auf, in denen die EU mittlerweile zuständig ist und führt einige klassische Fälle von absurd Regulierungen an: Nach 20 Jahren erbitterter Verteidigung hat sich die EU-Kommission dazu durchgerungen, die beispielhaftesten davon abzuschaffen, wie die berühmte Gurkenverordnung, welche vorschrieb, dass die Krümmung von Gurken 10 Millimeter auf zehn Zentimer Länge nicht überschreiten darf.

Die knappen Gelder Brüssels für die Kultur empfindet Enzensberger als Segen: „Es soll Leute geben, die den phili-strosen Geiz [der EU in Kulturangelegenheiten] beklagen. Das ist kurzsichtig. Je weniger sich die Brüsseler Instanzen für die Kultur interessieren, desto besser. Allen, denen an dieser Seite der menschlichen Existenz gelegen ist, den Produzenten ebenso wie dem Publikum, bleibt durch diese Wurstigkeit die anmassende Gängelung erspart, mit der andere Tätigkeiten zu kämpfen haben. Direktiven darüber, wie in Europa gemalt, getanzt und geschrieben werden darf, hätten uns gerade noch gefehlt“ (S. 22).

Enzensberger weist darauf hin, dass es die Methode Monet ist (Integration via ökonomische Hintertür), die heute zu Verwerfungen in der EU führt. „So liegt eine bösartige Ironie darin, dass sich gerade dort, wie die Union ihre ureigenste Aufgabe sah, die gefährlichsten Risse zeigten, nämlich auf dem Gebiet der Ökonomie. Mochten ihre Gründerstaaten noch über eine vergleichbare Wirtschaftskraft verfügen, so stiessen bald mehr und mehr unsichere Genossen zu dieser Gemeinschaft, bei denen es auf der Hand lag, dass sie dem entfesselten Wettbewerb des gemeinsamen Marktes nicht gewachsen waren. Das führte zunächst dazu, das sich die



Weichwährungsländer durch fortgesetzte Abwertungen zu retten versuchten. Aber dieser Ausweg stand ihnen nur offen, solange es keine gemeinsame Währung gab“ (S. 44). Angesichts der ökonomischen Verwerfungen werden die geltenden Verträge ausser Kraft gesetzt. In Artikel 125 heisst es „Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein“. Das gleiche gilt für die Union als Ganzes. Auf Vorschlag der Kommission kann der Europäische Rat aber „auf Grund von Naturkatastrophen oder ausserwöhnlichen Ereignissen“ finanzielle Nothilfen zulassen. Der aufgespannte „Rettungsschirm“ beläuft sich auf 750 000 000 000 Euro. Er soll „die Union vor Unfällen schützen, die sie selbst herbeigeführt hat“ (S. 46).

„Schuld an der Misere ist, wenn man den Politkern Glauben schenkt, ganz allein die Spekulation. Von dieser unerfreulichen Erscheinung sprechen sie wie von einem Spuk, der schwer zu erklären und noch schwerer zu verscheuchen ist. Dabei gehört sie zur Geschäftsgrundlage des Kapitalismus. Die Spekulanten testen den Markt auf seine Schwachstellen; sie reagieren auf die Zunahme der politisch verursachten Staatsverschuldung; sie schätzen die ökonomischen Ungleichgewichte ab, die aus der Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion folgen; und sie analysieren die Fliehkräfte, die das erzeugt“ (S. 48). Derweil erklären die Politiker ihre Entscheidungen als „alternativlos“. „Der Begriff beleidigt die menschliche Vernunft, denn er kommt einem Denkverbot gleich. Er ist kein Argument, sondern eine Kapitulationserklärung. Wenn die Feldherren die Waffen strecken, sind es, wie immer in solchen Fällen, nicht sie, die für die astromisch hohen Tribute an die Sieger aufkommen, sondern die Mannschaften. [...] Dabei zahlen stehts diejenigen, die an dem Debakel am wenigsten Schuld sind. In welcher Form das geschieht, ist zweitrangig: Steuererhöhungen, Rentenkürzungen, Inflation, Währungsschnitt. Das Rezept ist nicht neu: Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne. Dass der politischen Enteignung die ökonomische folgt, entbehrt nicht jeder Logik“ (S. 49).

Enzensberger kommt schliesslich zum Kernproblem der EU, das offiziell eine euphemistische Bezeichnung trage: das sogenannte Demokratiedefizit. Es „gilt als eine chronische und offenbar schwer zu behandelnde Mangelkrankheit, die zugleich beklagt und verharmlost wird. Dabei kann von einem Rätsel keine Rede sein; es handelt sich vielmehr um eine beabsichtigte Grundsatzentscheidung. Als hätte das 19. und 20. Jahrhunderts nie gegeben, haben sich Ministerrat und Kommission schon bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft darauf geeinigt, daß die Bevölkerung bei ihren Beschlüssen nichts mitzureden hat. Dass dieser Rückfall in vorkonstitutionelle Zustände durch Korrekturen zu heilen wäre, glaubt inzwischen niemand. Jenes Defizit ist also nichts weiter als ein vornehmer Ausdruck für die politische Entmündigung der Bürger.“ (S. 52).

Um dieses beabsichtigte „Defizit“ zu verwalten „haben sich die Wortführer in Brüssel, Straßburg und Luxemburg eine Strategie ausgedacht, die sie gegen jede Kritik immunisieren soll. Wer ihren Plänen widerspricht, wird als Antieuropäer

denunziert. Dieses Kidnapping der Begriffe erinnert von ferne an die Rhetorik des Senators Joseph McCarthy und des Politbüros der KPdSU. Was diesen nicht paßte, pflegten sie zu verleumden. Die einen sprachen von ‚un-american activities‘, die andern von ‚antisowjetischen Umtrieben‘. Ein deutscher Politiker, der seinen Gegnern mit dem Argument beikommen möchte, sie verhielten sich ‚undeutsch‘, würde sich unmöglich machen. Dagegen kann es sich ein luxemburgischer Premierminister offenbar erlauben, der Kanzlerin eines Nachbarlandes ihre ‚uneuropäische Art‘ vorzuwerfen, wenn ihm ihre Entscheidungen mißfallen; und noch vor nicht allzulanger Zeit hat Jos Manuel Barroso, der Präsident der Kommission, behauptet, Mitgliedsländer, die sich seinen Plänen widersetzen, handelten ‚nicht in einem europäischen Geist‘ (S. 54).

Etwas pessimistisch schliesst Enzensberger: „Wenig spricht bisher dafür, dass die Europäer dazu neigen, sich gegen ihre politische Enteignung zur Wehr zu setzen. Zwar fehlt es nicht an Äusserungen des Unmuts, an stiller oder offener Sabotage, aber insgesamt führt das berühmte demokratische Defizit bisher nicht zum Aufstand, sondern eher zu Teilnahmslosigkeit und Zynismus, zur Verachtung der politischen Klasse oder zur kollektiven Depression.“ (S. 60). Ein kleines Trostpfaster hat er dann doch auf Lager: „Allen Imperien der Geschichte blühte nur eine begrenzte Halbwertzeit, bis sie an ihrer Überdehnung und an ihren inneren Widersprüchen gescheitert sind“ (s. 61).

Hans Magnus Enzensberger (2011), Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin: Suhrkamp.



Demokratie und Macht

Die Nummer 60 des Widerspruchs widmet sich dem Thema „Demokratie und Macht“ und der „Energiewende nach Fukushima“. Zum Thema „Demokratie“ findet man in der Nummer allerdings nicht viel. Es geht eher um soziale Fragen und Frauenrechte. Beides hat etwas mit Demokratie zu tun, ist aber nicht Demokratie per se. Im Interview mit Nehad Abu El Komsan, einer ägyptischen Frauenrechtlerin, wird von dieser immer wieder betont, dass für viele Frauen die Teilnahme an den Demonstrationen kein politischer Akt war, sondern aus Wut über die soziale Situation entstand. Ob das von ihr als reine Feststellung von Tatsachen gemeint ist, wird nicht so deutlich. Es sollte aber klar sein, dass ohne politische Dimension keine soziale Befreiung möglich ist. Erwähnenswert ist Ihre Kritik am Diskurs mancher „Eliten“ in Arabien (und sonstwo), dass Frauenrechte und Menschrechte westliche Ideen seien. „Als würden unsere Gesellschaften bejahen, dass Menschen gefoltert werden.“ „Wenn man behauptet, das seien westliche Ideen, dann ist das eine entwürdigende Aussage über unsere Kultur. Wir sind keine Barbaren, denen es gefällt, andere zu foltern oder abzuknallen, denen die Meinungsfreiheit



oder der Respekt gegenüber anderen Religionen gleichgültig ist. Wir müssen genau hinschauen, wer so redet“ (S. 23).

Willy Spieler bespricht unter dem Titel „Sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ das neue Parteiprogramm der SP Schweiz. Statt die demokratiepolitischen Implikationen des Programms zu diskutieren, nämlich das Verschwinden von politischen Einflussmöglichkeiten der Bevölkerungen in supranationalen, demokratisch kaum kontrollierbaren Bürokratien, verlässt er sich auf die hehren Grundsätze der Schrift. Dabei waren in der Politik die Weichen, die man faktisch stellen will, immer schon viel wichtiger als die Ideologie und die Werte, die man wirklich oder angeblich vertritt. Wie heißt es doch so schön: An ihren Früchten

Daniel Vischer analysiert die politischen Blöcke und neue Allianzen in der Schweizer Politik. Interessant die Passage, wo er von den fatalen Konsequenzen der Meinungsführerschaft der SVP beim Nein zur Annäherung an die EU spricht: „Die EU-Beitrittsfrage wurde fälschlicherweise zu einer Links-rechts-Frage, was heute allerdings in Wandlung begriffen ist“. Es gilt zu bemerken, dass die Tatsache, dass bei manchen die EU-Frage zu einer Links-rechts-Frage wurde, vor allem

- a) den Grünen zuzuschreiben ist, die eine Woche nach ihrem Sieg bei der EWR-Abstimmung auf einen Pro-EU-Kurs umkippten,
- b) jenen Linken, denen Abgrenzung wichtiger ist als Inhalte,
- c) jenen Linken, die sich für politische Demokratie nicht interessieren oder diese als eine Art bürgerliche Ideologie und Machtvernebelung miss verstehen. Sie begnügt sich romantisch mit sozialen Ausmarchungen und angeblich daraus entstehenden „demokratischen“ Kontrollen – obwohl es keine demokratische Mitkontrolle seiner Lebensmöglichkeiten ohne politische Demokratie geben wird.
- d) jenen staatsgläubigen Linken, die von einer völligen, eventuell ein bisschen parlamentarisch begleiteten Bürokratisierung unserer Welt träumen

Ein bisschen Selbtkritik würde Vischer hier also nicht schaden – für solche Standpunkte oder gar deren Amalgam ist nun mal nicht die SVP verantwortlich! Leider ist vom konstatierten Wandel bei den Mainstream-Grünen und –Linken (noch) nichts zu fühlen. Vischer schliesst „Generell gilt: Wer weiterhin Globalisierung und internationale Vereinbarungen überbewertet, verkennt die Zeichen der Zeit und vergibt politische Handlungsmöglichkeiten hier in der Schweiz“. (S. 45).

Widerspruch (2011), *Demokratie und Macht*, 60, Postfach, CH-8031 Zürich



Demokratie und Sozialregulierung in Europa: Die Online-Konsultationen der EU-Kommission

Ausgangspunkt der Schrift sind zwei sich überlappende Defizitdiagnosen bezüglich der EU. Die eine Diagnose betrifft das Demokratiedefizit, die andere einen Mangel an Problemlösungsfähigkeit in kontroversen Fragen, vor allem der markt-

begleitenden Sozialregulierung. Durch die EU-Integration hat die Sozialregulierungsfähigkeit der europäischen Mehrebenenpolitik insgesamt abgekommen und steht unter dauerhaftem Druck. Zwar sind in den vergangenen Jahren verschiedene, sozialpartnerzentrierte Foren entstanden (Sozialer Dialog, OMK), die jenseits verbindlicher politischer Regelungen entweder auf freiwillige Vereinbarungen nicht-staatlicher Akteure mit unterschiedlichen Folgeverbindlichkeiten setzte (Sozialer Dialog) oder auf transparenten Austauschprozessen zwischen den relevanten nationalen sozial-politischen Akteuren (OMK) zielen. Anders als in den Nationalstaaten bleiben neo-korporatistische Arrangements aber weitgehend erfolglos: die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ist nicht mit der in den Staaten zu vergleichen. Koalitions-, Streik und -Ausperrungsrecht sind nicht „europäisiert“ worden, es steht nicht die Möglichkeit offen, im Notfall auf das übliche Gesetzgebungsverfahren zurückzugreifen. Die Arbeitgeber haben keinen praktischen Bedarf an EU-Regeln, die von der Kooperation der Gewerkschaften abhängen. Vor diesem Hintergrund können die Arbeitgeber praktisch nicht zu für sie kostenträchtigen Politikinhalten gezwungen werden, nicht einmal zu anspruchsvollen Kompromisslösungen.

Bezüglich Demokratiedefizit hat die EU-Kommission eine Reihe von Anstrengungen unternommen, die nach ihrer Selbsteinschätzung zu einer Demokratisierung führen werden. Die in der Folge des Weissbuches „Europäisches Regieren“ (EU-Kommission 2001) geschaffenen Online-Konsultationen der Kommission, ihre Einbettung in das Arbeitsprogramm der Kommission und die verpflichtenden Folgenabschätzungen sind ein zentraler Bestandteil dieser „Demokratisierungsbestrebungen“. On-Line-Konsultationen können zwar die Meinungsvielfalt auch bezüglich Sozialpolitik abbilden. Es lassen sich aber daraus keine klare Richtungen und Entscheidungsregeln für die Politikgestaltung ableiten.

Thorsten Hüller (2010), Demokratie und Sozialregulierung in Europa: Die Online-Konsultationen der EU-Kommission, Frankfurt: Campus

WIDERSPRUCH
60

Beiträge zu
sozialistischer Politik

Demokratie und Macht

Volksaufstand und Frauenrechte in Ägypten; Wirtschaftsdemokratie; Links-grüne Perspektiven vs. Nationalkonservatismus; Feminismus, Frauenstreik; Sans-Papiers und Care-Ökonomie; Emanzipatorisches Subjekt; Kapitalismuskritik und Gerechtigkeit

S. Amin, N. Abu El Komsan, W. Spieler, R. Graf, G. Notz, D. Vischer, T. Wüthrich, A. Lanz, A. Krovoza, U. Marti

Energiewende nach Fukushima

H. Scheer: Scheinkonsens 'Erneuerbare Energie'
O. Fahrni: Atomlobby macht weiter
E. Altvater: Mit Green New Deal weiterwachsen?
N. Scherer: Stromversorgung als Service public
R. Zimmermann: Gewerkschaften zur Energiepolitik
B. Glättli: Suffizienz und die Verteilungsfrage
P.M.: Auswege aus der Wachstumsfalle
C.v.Werlhof: Atomare Katastrophen-Technologie

224 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch



Kurzinfos Umwelt

Eurovignette

Die EU-Mitgliedstaaten können künftig von Speditionen die Kosten zurückverlangen, die durch Luftverschmutzung und Lärm von schweren Lastwagen entstehen. Das EU-Parlament stimmte im Juni 2011 der Wegekostenrichtlinie zu. Mit der sogenannten Eurovignette werde erstmals das Verursacherprinzip für den Güterschwerverkehr durchgesetzt, sagte der Berichterstatter des Parlaments Said El Khadraoui (sozialdemokratische Fraktion). Die Richtlinie sieht die zweckgebundene Verwendung der Mauteinnahmen vor. Diese sollen ausschließlich in Verkehrsprojekte fließen, 15 Prozent davon in das transeuropäische Verkehrsnetz TEN-V.

Die Umsetzung ist für die Mitgliedstaaten jedoch freiwillig und gilt nur für Laster ab zwölf Tonnen Gesamtgewicht. In Verkehrsstoßzeiten kann die Gebühr um bis zu 175 Prozent teurer werden, um Staus zu vermeiden. Allerdings ist sie auf vier Cent pro Kilometer begrenzt. Elf EU-Länder erheben derzeit eine Maut, darunter Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und Italien. In Deutschland beträgt die Maut pro Kilometer je nach Schadstoffklasse und Achsenanzahl zwischen 14 und 28,7 Cent.

Die Grünen im EU-Parlament lobten zwar, dass mit der Richtlinie zum ersten Mal externe Kosten in die Mautberechnung einbezogen werden. Gleichzeitig kritisierten sie die Regelung als zu schwach. Der Schwerverkehr komme nicht annähernd für die Kosten auf, die er in der Bevölkerung, der Umwelt und der europäischen Wirtschaft durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung verursache. Zudem werde der Schienenverkehr benachteiligt. Denn die Eisenbahn muss für jeden Kilometer, den sie fährt, auch zahlen – ohne finanzielle Deckelung.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) bemängelte die Freiwilligkeit der Neuregelung. Dies sei angesichts der prognostizierten Zuwachsraten im Straßengüterverkehr unverständlich, sagte der VCD-Verkehrsexperte Michael Müller-Görnert. www.kurzlink.de/memo-eurovignette; www.kurzlink.de/eu-green-transport; www.michael-cramer.de www.vcd.org umwelt aktuell, Juli 2011, S. 25

EU-Schiennennetz schrumpft

Das Eisenbahnnetz der Europäischen Union ist in den vergangenen zehn Jahren um 2,2 Prozent geschrumpft. Das geht aus bisher unveröffentlichten Zahlen der EU-Kommission hervor, die die Allianz pro Schiene veröffentlichte. Im gleichen Zeitraum wuchs das europäische Autobahnnetz um 22 Prozent. Im europäischen Vergleich steht Deutschland beim Netzausbau an dritter Stelle: Fast acht Prozent kürzer wurden die Bundesstreckenwege seit dem Jahr 2000. Nur Polen (minus zwölf Prozent) und Lettland (minus 19 Prozent) verringerten ihre Schieneninfrastruktur noch stärker als Deutschland. Spanien (plus 8,5 Prozent), Italien (plus fünf Prozent) und Belgien (plus drei Prozent) erweiterten ihre Eisenbahntrassen. Allianz pro Schiene, www.allianz-pro-schiene.de, umwelt aktuell, Juli 2011, S. 25



Krimineller Abfalltourismus

Jeder fünfte Mülltransport bricht EU-Recht. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Netzwerks von Umweltbehörden und -juristen IMPEL, das zwischen Oktober 2008 und November 2010 mehr als 26'000 Abfallverbringungen überprüft hat. 21 Prozent der Inspektionen in Häfen, Bahnhöfen und auf Straßen belegten Vertragsbrüche mit dem EU-Abfallrecht.

Rund ein Drittel der Fälle betraf Exportverbote oder fehlende Kontrolldokumente – meist ging es um Elektroschrott auf dem Weg nach Afrika oder kontaminierte Plastik- und Papierabfälle für den asiatischen Markt. Den Löwenanteil machten Verstöße gegen Verwaltungsvorschriften aus. Außerdem wurden 120 Unternehmen inspiziert, bei denen 95 illegale Abfallverbringungen festgestellt wurden. 32 Staaten machten mit, neben den EU-Staaten zum Beispiel auch die Schweiz und die Türkei. Umwelt aktuell, August/September 2011, S. 9

Atomforschung geht weiter

Die EU-Energieminister haben auf ihrem Treffen Ende Juni 2011 eine Verlängerung des Euratom-Forschungsrahmenprogramms bis Ende 2013 beschlossen. Damit wird das in diesem Jahr auslaufende Forschungsprogramm zeitlich an die Budgetperiode der Europäischen Union angeglichen. Die Mittel sollen vor allem dem Internationalen Kernfusionsforschungsprojekt ITER zugutekommen. Umweltverbände fordern seit Jahren, den Euratom-Vertrag abzuschaffen und die Subventionen in die Atomkraft zu streichen. Von 2007 bis 2011 förderte die EU die Atomforschung mit 2,7 Milliarden Euro. Das ist weit mehr, als für die Erforschung erneuerbarer Energien ausgegeben wurde. www.iter.org. umwelt aktuell, August/September 2011.

Gentech-Sprüre im Honig

Nach europäischem Gentechnikrecht darf Honig, der gentechnisch veränderte Bestandteile enthält, in der EU nicht verkauft werden. Das geht aus einem Grundsatzurteil hervor, das der EU-Gerichtshof im September 2011 veröffentlichte. Pollen von gentechnisch verändertem Mais gelten demnach als gentechnisch veränderte Lebensmittel. Damit dürfen Honig oder Nahrungsergänzungsmittel, in denen Spuren solcher genmodifizierter Pollen nachgewiesen werden, nur dann auf den Markt kommen, wenn sie EU-weit zugelassen sind.

Die Entscheidung der Luxemburger Richter wirkt sich möglicherweise auf den gesamten Honigmarkt und den Gentechnikanbau aus. Der EuGH entschied in dem sogenannten Imkerprozess über die Klage eines bayerischen Imkers. In dessen Honig wurden 2005 geringe Mengen veränderten Maiserbguts nachgewiesen, nachdem in der Nähe seiner Bienenstöcke Versuchsfelder mit MON810-Genmais bepflanzt worden waren. Der Bienenzüchter aus Augsburg klagte sich durch mehrere Instanzen bis zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH). Der wiederum verwies den Fall an den EuGH. www.kurzlink.de/eugh-genhonig, www.bienen-gentechnik.de, umwelt aktuell, Oktober 2011, S. 19



Comment la „démocratie économico-socio-écologique“ sombre dans la bureaucratie supranationale

Le programme du parti socialiste suisse, l’Union Européenne et le dépassement du capitalisme

Lisant les annonces parues dans la presse concernant l’adoption du programme du parti socialiste en octobre 2010 [1] on s’étonne que le parti socialiste puisse prôner à la fois l’entrée rapide de la Suisse dans l’UE et le dépassement du capitalisme – étant donné que l’UE incarne une des formes les plus pures du capitalisme en Europe de l’Ouest: elle tend en effet à limiter l’influence des populations au profit des sociétés multinationales ; elle vise à promouvoir une idéologie ultralibérale conduisant à l’affaiblissement des acquis sociaux au profit des forces du marché [2]. Mais on cesse de s’étonner, en lisant cette fois le programme plus en détail, une fois qu’on a commencé à comprendre en quoi le PS entend être le „dépassement du capitalisme“.

par Paul Ruppen

Le programme du parti socialiste est bourré de beaux principes que tout citoyen démocratique aspirant à plus de justice sociale est prêt à signer sans réfléchir. Le lisant, on saisit mal quelles convictions profondes peuvent amener le PS à prôner l’adhésion à l’UE. Comme on va le démontrer dans cet article, l’attitude de base consiste à accorder plus de confiance aux „élites“ qu’à la population même si celles-ci échappent largement à tout contrôle démocratique.

Démocratie directe

Le PS feint de soutenir les principes de la démocratie directe: „ Nous pensons que la démocratie directe est la forme de pouvoir la plus appropriée pour la Suisse, et nous la défendons énergiquement contre ceux qui la jugent inefficace, trop lente ou même dépassée. La démocratie directe est supérieure à la démocratie exclusivement parlementaire en ce que le souverain peut exercer son pouvoir non seulement en élisant le Parlement, mais aussi en prenant position régulièrement sur des thèmes spécifiques ». Et déjà dans le paragraphe suivant on rappelle souverainement que les droits du souverain sont limités: „Autant la forme démocratique de l’Etat nous tient à cœur, autant il nous importe aussi de nommer ses limites, car même la majorité n’a pas le droit de tout faire. La démocratie trouve ses limites dans le droit fondamental, dans les droits humains et dans le droit international qui est également légitimé démocratiquement. Sans de telles barrières, la démocratie pourrait être minée de l’intérieur et l’arbitraire pourrait s’installer contre les minorités.“

Ce passage illustre bien l’attitude fondamentalement technocratique, élitaire et en fin de compte anti-démocratique de la social-démocratie aujourd’hui car:

- personne ne conteste le fait que le souverain ne peut pas tout se permettre. Mais qui pourrait le limiter sinon lui-même ? Quiconque définit des limites pour le souverain s’érige lui-même en souverain et donc nie la souveraineté

du peuple. Si un citoyen démocrate n’approuve pas une décision acquise par la majorité, il doit se battre pour que l’opinion majoritaire change et non se battre pour que la souveraineté populaire soit limitée.

- le droit international ne possède qu’une légitimité démocratique partielle et indirecte. Ce droit est essentiellement développé par des experts nommés par des gouvernements et qui répondent à ces derniers. De plus le contrôle démocratique des gouvernements lorsque ceux-ci négocient les dispositions du droit international est très indirect. Ce contrôle est exercé dans la plupart des pays par des parlements élus pour quelques années seulement et dont les députés sont rarement choisis en vue de leur intérêt pour le droit international. Il est donc osé de parler de légitimité démocratique.
- on ne peut cependant pas non plus nier toute légitimité démocratique du droit international. On peut penser que, même sans affirmation explicite, de nombreuses dispositions du droit international correspondent effectivement à ce qui est voulu par une majorité des populations. Mais de là peut-on conclure que le droit international doit être mis à l’abri de toute influence démocratique – comme s’il découlait d’une décision populaire unique, valable pour

[1] <http://www.sp-ps.ch/fre/Parti/Nos-valeurs/Programme-du-parti>.

[2] Bien documenté dans: Balanya et al., „Konzern Europa: Die unkontrollierte Macht der Unternehmen“ Zürich: Rotpunkt (2001). Les mêmes auteurs continuent leurs recherches sur le sujet, voir <http://www.corporateeurope.org>.



tous les temps ? Notre génération ne peut pas se substituer de cette façon aux générations futures. La souveraineté populaire au contraire se caractérise justement par le fait qu'on puisse revenir sur toute décision précédemment acquise.

- quiconque se place au-dessus de la souveraineté populaire et définit les sujets sur lesquels on peut organiser des référendums s'arroge une forme d'infraibilité. Une telle ambition nous ramène à des époques qu'on pensait révolues.
- l'Etat de droit découle historiquement de la démocratie car les populations ne voulaient plus être soumises à l'arbitraire de l'Etat. La seule garantie pour la pérennité de l'Etat de droit consiste à assurer un contrôle démocratique continu du gouvernement, des parlements et de la justice.

Les tendances technocratiques du programme du PS sont encore accentuées par le fait que le parti souhaite subordonner les droits de la démocratie directe à tout droit international et non seulement aux droits universels de l'homme. Le PS souhaite en plus renforcer les organisations internationales (ONU, OMC, FMI/Banque mondiale, OIT) – soi-disant pour combattre la mondialisation: “La dynamique de la globalisation a pour conséquence que les organisations internationales ne cessent de gagner en importance. Ces organisations sont le plus souvent de nature exécutive et insuffisamment légitimées démocratiquement. Les principales institutions de ce type se verront confier à l'avenir de plus en plus de compétences aujourd'hui nationales, compétences qui passeront ainsi du domaine de souveraineté, bien légitimé démocratiquement, des Etats nationaux aux institutions globales, dont la légitimité est moindre. Il en résulte un besoin impératif de démocratiser les institutions internationales.”

Qu'entend-on alors par la démocratisation de tels organismes? „La nécessité de démocratiser les institutions internationales doit être réalisée par la mise en place d'organes législatifs ou par l'implication des parlements nationaux dans leurs décisions stratégiques.“ Le PS ne demande donc surtout pas que le moins de compétences possibles soit transféré au niveau supranational afin de maintenir un maximum de contrôle direct par les populations sur ces instances. Le PS se satisfait tout au contraire d'un parlementarisme au niveau des organisations internationales, une sorte de parlementarisme alibi et très indirectement placé sous le contrôle des „parlements nationaux“. Ceux-ci ont déjà souvent manifesté leur peu d'empressement quand il s'agissait d'exercer de tels contrôles – tout cela a été bien analysé dans le cas de l'UE [3].

Malgré les critiques formulées ici au sujet du programme du PS, nous tenons aussi à souligner que le PS propose dans son programme un élargissement des outils de la démocratie directe qui, à notre avis, est tout à fait intéressant et mérite qu'on le soutienne: le PS souhaite introduire une nouvelle forme d'initiative populaire „qui permettra au peuple de donner des mandats concrets au Conseil fédéral dans le domaine de

la politique étrangère.“ En fonction de l'importance grandissante du contexte international, un tel droit semble en effet nécessaire – à notre avis, il ne peut cependant pas se substituer au devoir d'accorder le plus de compétences de décision aux populations concernées. Il sera intéressant de voir si le PS va effectivement lancer une initiative populaire prévoyant l'introduction de ce nouveau type d'initiative dans la Constitution.

Fédéralisme

Le contenu du programme du PS concernant le fédéralisme s'avère aussi intéressant et révélateur: „Le PS est favorable à des structures étatiques fédéralistes parce qu'elles contribuent au partage du pouvoir et à la proximité avec les citoyennes et les citoyens. Nous considérons que la structuration à trois niveaux est opportune et viable à l'avenir ; cependant, sa concrétisation actuelle devrait faire l'objet de réformes. Elle devrait, de plus, être complétée par une quatrième dimension, la dimension européenne.“ Selon le programme, les structures de proximité doivent être affaiblies non seulement par la nouvelle structuration comportant le niveau „européen“, mais également par une „réforme“ des structures politiques à l'intérieur du pays. Le PS se prononce pour des fusions de communes à grande échelle et demande que „à long terme, le nombre des cantons [soit] fortement réduit, afin de donner naissance à des entités plus égales, plus grandes et plus autonomes qui pourront assumer leurs tâches futures avec une vitalité nouvelle“.

Force est donc de constater que le PS se prononce systématiquement pour une centralisation à chaque niveau et souhaite favoriser le transfert des compétences décisionnelles au niveau le plus élevé possible. La conviction affichée qu'il faut favoriser les structures proches des citoyens et citoyennes est en réalité désavouée par la proposition systématique de créer des entités politiques plus grandes que celles qui existent. Des réformes territoriales peuvent s'imposer parfois, mais, à notre avis, elles devraient se faire au cas par cas, après une analyse approfondie et avec l'accord des populations concernées. Le programme du PS évite de poser de telles conditions ; la centralisation est visiblement perçue comme une tendance qui est a priori positive. Les réformes territoriales préconisées par le PS signifient au bout du compte un renforcement de l'appareil étatique par le biais d'une professionnalisation ainsi qu'un affaiblissement du système de milice: bureaucratisation au lieu de proximité avec les citoyens et citoyennes.

Le PS souhaite également renforcer le „quatrième niveau“, l'UE, alors que dans l'UE, selon de nombreuses sources, les 80% de la législation sont d'ores et déjà produits à ce niveau.

„Démocratisation“ de l'économie et „dépassement du capitalisme“

„Le PS Suisse était et reste le parti qui n'accepte pas de considérer le capitalisme comme la fin et encore moins comme l'aboutissement de l'histoire humaine. Il a toujours envisagé un ordre économique différent qui irait plus loin que le capitalisme, le dépasserait par la démocratisation de l'économie

[3] Clarissa Freundorfer, Die Beteiligung des Deutschen Bundestages an der Sekundärrechtsetzung der Europäischen Union, Bern, Peter Lang, 2008.



et le laisserait enfin derrière lui. Le PS est conscient qu'il s'agit d'un but éloigné, mais il l'a toujours maintenu. Car la démocratie économique n'est pas seulement un but; elle constitue aussi la voie qui mène à ce but". Quel est le contenu exact du mot „démocratisation de l'économie“ ?

Selon le programme il s'agit des points suivants:

- le développement des assurances sociales au lieu des assurances privées
- le renforcement du service public
- le renforcement des structures coopératives (par exemple dans les domaines de l'assurance maladie, des caisses de retraite, de la télécommunication)
- la participation des employés au niveau du lieu de travail mais aussi de l'entreprise même si celle-ci est transnationale.
- évolution des sociétés anonymes vers des sociétés gérées par les travailleurs
- restriction du diktat des actionnaires au profit des droits des employés
- régulation par l'Etat de certains marchés de grande importance
- l'établissement d'un service public transnational en lieu et place des privatisations transnationales
- la nationalisation de sociétés privées dans certains domaines
- le renforcement des droits d'ingérence de la Confédération, des cantons et des communes dans le domaine de l'aménagement du territoire.

Bien qu'une tendance vers le renforcement des structures étatiques est évidente, le marché en tant que tel n'est pas totalement renié: „Si le marché peut se montrer économiquement performant, il risquerait toutefois d'être, sans garde-fous, aveugle sur le plan social et écologique. Si les garde-fous sont bien posés, c'est la meilleure méthode pour réguler l'offre et la demande et pour déterminer les prix. Mais pour que le marché libre puisse déployer ses avantages, il faut que la concurrence fonctionne au bon endroit. La concurrence ne doit pas être entravée par la concentration du pouvoir économique dans les mains de quelques-uns, le manque de transparence, les monopoles privés nuisibles et la formation de cartels“. Ici aussi l'état est appelé à jouer un rôle

clef selon le programme du PS: „Le marché est un instrument parmi d'autres, qui, s'il est bien utilisé, peut optimiser la répartition des ressources et la distribution des marchandises. Nous voyons en lui un moteur de l'économie au service d'une société libre et juste, à condition que la société pilote les marchés par le biais de la politique, leur pose des garde-fous et leur fixe des objectifs, contienne leurs forces destructrices et les guide sur une voie qui permette d'augmenter la qualité de la vie des gens et la protection de la nature. En ce sens, le PS est favorable à une économie de marché sociale et écologique, qui contribue à la démocratie économique et qui lui soit subordonnée“.

Beaucoup des propositions tendant à démocratiser l'économie semblent tout à fait bien intentionnées et fournissent une bonne base de discussion. C'est sans doute également une bonne idée que de préconiser une économie de caractère mixte permettant d'assurer une vie digne pour chacun et permettant éventuellement aussi de s'éloigner d'une vision basée uniquement sur la croissance. Il n'y a point de doute aussi que l'Etat doit jouer un rôle primordial dans une telle évolution – mais, à notre avis, le contrôle démocratique de l'Etat devient d'autant plus nécessaire. Nous sommes donc là encore amenés à formuler quelques interrogations au sujet des concepts promus par les sociaux-démocrates. Il nous semble que la mise en œuvre du projet socialiste va entraîner un renforcement massif de l'appareil de l'Etat et une concentration des compétences décisionnelles à un niveau difficilement contrôlable de façon démocratique. Un tel appareil peut mettre en danger la démocratie et l'Etat de droit. Il est à craindre qu'un tel appareil contraignant n'ait pas grande chose à voir avec le „dépassement du capitalisme par la coopération volontaire des individus“ [4].

L'idéologie de l'UE dans sa forme la plus classique

Le programme du PS suit sans critique l'idéologie de l'UE consistant en un habillage du projet de grande puissance en „projet de paix“. On dénonce toute tendance visant à restituer aux Etats membres de l'UE certaines des compétences qu'ils ont perdues comme „nationaliste“. Malheureusement, les camarades du PS confondent ainsi le contrôle démocratique de proximité avec le „nationalisme“, reprenant du même coup le vocabulaire europopuliste bien connu. Nous pensons, au contraire, que des pays européens vraiment démocratiques ne se menaceraient pas mutuellement. C'est plutôt l'UE elle-même qui à long terme risque de mettre en péril la paix au niveau mondial et même en Europe. Les ambitions de grande puissance de l'UE visant à assurer la fourniture des matières premières et des marchés d'exportation sont bien connues et bien documentées dans des textes officiels. Alors que les Etats nationaux de l'Europe de l'Ouest n'étaient plus en mesure de mener une politique impérialiste tout seuls, ils ont été contraints de se réunir afin de pouvoir continuer à mener le

[4] L'utopie de la coopération libre et volontaire entre individus n'est sans doute pas réalisable. Elle peut cependant servir comme idée conductrice.



même type de politique. Toute représentation de l'UE comme projet de paix n'est rien d'autre qu'une idéologie au service de ce projet de grande puissance de l'UE.

La critique suivante formulée par le PS à l'égard de l'UE est intéressante: „Pendant des années, une logique néolibérale de marché l'a emporté dans l'UE sur les objectifs sociaux, démocratiques et écologiques.“ Le PS demande donc un effort incessant aux sociaux-démocrates européens pour dépasser ce stade. Mais il oublie de mentionner que c'est justement un commissaire européen socialiste, Jacques Delors, qui est largement responsable de la mise en œuvre du projet de marché commun, mise en œuvre menée en accord avec les sociétés

multinationales européennes et américaines. Lorsque les conseils des ministres de l'UE étaient dominés pratiquement à 100% par les socialistes à la fin des années 90, le projet de l'UE fut vigoureusement développé dans une logique néolibérale – comportant également l'union monétaire dont les conséquences désastreuses sont aujourd'hui évidentes pour tout le monde. Ses conséquences sur le plan social sont aujourd'hui renforcées avec brutalité par des gouvernements socialistes – soumis aux organismes internationaux et œuvrant pour que les dettes soient remboursées à tout prix aux banques, souvent allemandes. ■

Kurzinfos

Bezeichnendes Maillard Zitat

SPS-Bundesratskandidat Maillard in der NZZ vom 10. November 2011: „Der EU-Beitritt kann doch nicht oberstes Ziel der Sozialdemokratie sein. Es ist eine rein institutionelle Frage. Unsere obersten Ziele müssen nicht institutionelle, sondern materielle Forderungen wirtschafts- und sozialpolitischer Art sein.“ (S. 13).

Am Zitat erfreut, dass der SP-Bundesratskandidat den EU-Beitritt der Schweiz nicht als oberstes Ziel seiner Politik ansieht. Er deckt damit auch auf, dass es für die meisten Sozialdemokraten der Nomenklatura der Partei offenbar nichts wichtigeres gibt als dieser unsozialen und antidemokratischen Organisation beizutreten.

Befremdlich am Zitat ist aber die Geringschätzung der Demokratie, die zum Ausdruck kommt. Maillard betrachtet diese als eine „institutionelle“ Frage, die nicht so wichtig ist. Es handelt sich um eine Einstellung, die in Teilen der Linken verbreitet ist. Wie soll man sich aber für soziale Grundrechte einsetzen, wenn man die politischen Grundrechte gering-schätzt? Und wer soll sich für soziale Grundrechte auch auf politischer Ebene einsetzen, wenn nicht die Menschen, die von diesen profitieren sollen?

Die Geringschätzung politischer Teilnahme ist Ausdruck einer paternalistischen Haltung oder dann einer romantischen Einstellung, welche die „wahre soziale Demokratie“ als Resultat von sozialen Auseinandersetzungen und entsprechenden Machtverhältnissen sieht – unabhängig von uninteressanten politischen Institutionen. Beide Haltungen sind abzulehnen: weil sie zu einem unsozialeren Staat führen und die fundamentalen Menschenrechte der Teilnahme am politischen System geringachten. Die Politik ist nicht den „anderen“, den „Eliten“ zu überlassen, die es angeblich gut mit uns wollen.

Kantone wollen in EU-Fragen mehr mitreden

In einem Positionspapier vom Juni 2011 listet die Konferenz der Kantsregierungen (KdK) eine ganze Reihe von EU-politischen Begehren auf. Der Waadtländer Regierungspräsident und KdK-Präsident Pascal Broulis begründete sie an einer Medienkonferenz damit, dass die Kantone in letzter Zeit vom Bund, trotz in der Verfassung verankerten Mitwirkungsrechten, nur ungenügend einbezogen worden seien. Die Kantone hatten das vom Bundesrat angestrebte, mittlerweile

aber auch von einer Mehrheit des Nationalrats in Frage gestellte Freihandelsabkommen von Anfang an skeptisch beurteilt und zuerst innenpolitische Klärungen verlangt.

Konkret möchten die Kantone in allen Bereichen Vertreter in die Bundesverwaltung entsenden können, um früher über neue Entwicklungen informiert zu werden. Heute gibt es kantonale Beobachter im Integrationsbüro, im Justiz- und Polizeidepartement sowie bei der Schweizer Mission in Brüssel. Der Informationsfluss soll in einer generellen Vereinbarung zwischen Bund und KdK geregelt werden, wie es sie schon für Schengen-Dublin gibt.

Die Kantone wollen zudem bei der Vorbereitung von Verhandlungsmandaten, bei Sondiergesprächen und im Vorfeld von strategischen Entscheidungen des Bundesrats einbezogen werden, wie der Landammann von Appenzell Innerrhoden, Daniel Fässler, ausführte. Bei europapolitischen Vorhaben, welche Zuständigkeiten der Kantone berühren, dürfe der Bund nur noch im Ausnahmefall von einer Stellungnahme – eine solche erfordert in der KdK die Zustimmung von mindestens 18 Kantonen – abweichen, wenn überwiegende aussenpolitische Interessen dies erforderten. Das soll im Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone in der Aussenpolitik verankert werden.

Um den Mitspracherechten Nachachtung zu verschaffen, möchte die KdK den Rechtsschutz verstärken. Das Bundesgericht soll überprüfen können, ob in Bundesgesetzen die verfassungsmässige föderalistische Kompetenzordnung eingehalten wird. Die KdK unterstützt insofern auch den Vorschlag einer Nationalratskommission für die Ausdehnung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Ebenfalls gefordert wird ein Vorprüfungs- und Streitbeilegungsverfahren vor Bundesgericht – ein Instrument, dessen Ausgestaltung aber erst vage angedacht ist, wie Fässler einräumte.

Machen neue Koordinationsgremien und Verfahren die Politik nicht noch schwerfälliger? Markus Notter, der ehemalige Zürcher Justizdirektor, der von der KdK als Experte beigezogen wurde, sieht es gerade umgekehrt: Würden die Kantone, die zumeist für die Umsetzung sorgen müssten, frühzeitig einbezogen, beugte dies Rückschlägen vor. Pascal Broulis gab schliesslich bekannt, dass die KdK den Gegenvorschlag des Bundesrats zur Auns-Initiative für einen Ausbau des Staatsvertragsreferendums unterstützt. NZZ, 6. Juli 2011, S.13.



Die Dublin-II-Verordnung sorgt für eine Verlagerung des „Flüchtlingsproblems“ an die Grenzen „Europas“ und dafür, dass sich diese Länder umso rigider abschotten

„Festung Europa“ wird weiter aufgerüstet

Die arabische Revolution hat die Zahl der Flüchtlinge, die versuchen nach Europa zu gelangen, zeitweilig stark erhöht. Dies hat Auswirkungen zur Folge, die sich zuallererst in den Auffanglagern an den Grenzen Europas bemerkbar machen. Um sich einen Eindruck von der Situation zu verschaffen, hat die Autorin im Sommer mehrere dieser Auffanglager für Flüchtlinge auf der italienischen Insel Lampedusa und in der Evros-Region, direkt an der griechisch-türkischen Grenze, besucht.

von Annette Groth

Demokratie ja – Flüchtlinge nein?

Griechenland kann derzeit als tickende Zeitbombe bezeichnet werden. Nicht allein aufgrund der Eurokrise, mit der die griechische Regierung zu einer rigiden Sparpolitik gezwungen wird und bei der letztlich erneut Europas Banken durch Steuergelder gerettet werden. Dazu kommt, dass Griechenland die Folgen einer Migrationspolitik zu spüren bekommt, bei der die Flüchtlinge an die Grenzen Europas abgeschoben und dort ihrem Schicksal überlassen werden. Immer mehr Flüchtlinge kamen in den letzten Monaten aus Nordafrika, vor allem aus Libyen und Tunesien. Doch während die europäischen Regierungen offiziell die Bewegungen für Demokratie und soziale Rechte bejubelten, ließen sie die Flüchtlinge, die europäisches Land erreichten, weiterhin abschieben. Diese Scheinheiligkeit ist kaum zu überbieten.

Viele der Flüchtlinge verbringen zudem Monate oder Jahre in den sogenannten Auffanglagern, die immer überfüllt sind und deren Infrastruktur dementsprechend nicht ausreichend ist. Die inhaftierten Flüchtlinge in den Aufnahmezentren wissen weder, warum sie sich dort aufhalten müssen, noch wie lange der Aufenthalt dauern wird. Diese Ungewissheit ist zermürbend und führt zu gravierenden psychologischen Belastungen. Bei meinem Besuch eines Auffanglagers auf Lampedusa berichteten mir mehrere Flüchtlinge von Selbstmordgedanken.

„Besser tot im Ozean oder lebend in Tunesien als hier im Gefängnis“

Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat mehrfach die Bedingungen auf Lampedusa und in den Aufnahmezentren an der griechisch-türkischen Grenze als menschenunwürdig bezeichnet. Die Versorgung der Flüchtlinge entspräche nicht den Standards des UNHCR. Es gebe unter anderem nicht genügend Räume für Familien oder die Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger. Dass das Lager in Lampedusa über keine Brandmelder verfügte, hatte im September nach einer Brandstiftung zur Folge, dass beinahe das komplette Lager abbrannte. Obwohl auch viele Einwohner der Insel den Flüchtlingen geholfen haben, sind diese mit der wachsenden Zahl der Migrantinnen und Migranten überfordert. Zwischenzeitlich befanden sich mehr Flüchtlinge auf der Insel als Einwohner.

Wesentlich dramatischer noch als auf Lampedusa ist die Situation von Migrantinnen und Migranten an der griechisch-türkischen Grenze in der Evros-Region. Dort hat sich die Zahl der Menschen, die versuchen, diese Grenze zu überwinden, in den letzten Jahren vervielfacht. Im Jahr 2010 versuchten dies laut FRONTEX 48.000 Menschen, die meisten von ihnen stammten aus Afghanistan, dem Irak, aus Pakistan und anderen asiatischen und mittlerweile auch nordafrikanischen Ländern, seitdem die Kontrollen von FRONTEX vor Spaniens, Italiens und Frankreichs Küsten verschärft wurden. Viele der Flüchtlinge schlagen sich in der Türkei auf dem Landweg durch, andere kommen per Flugzeug nach Istanbul. Von dort werden sie häufig mit Hilfe von Schleppern an die türkisch-griechische Grenze gebracht und überqueren mit kleinen Booten den Evros.

In der Evros-Region führt FRONTEX seit November 2010 eine von mehreren Mitgliedsstaaten getragene Operation durch und kooperiert dabei mit griechischen Polizeieinheiten, dem Militär, dem Geheimdienst und den türkischen Grenzsoldaten. Die aufgegriffenen Flüchtlinge werden in einem der zahllosen Auffanglager in der Nähe der Grenze festgehalten. Laut UNHCR gibt es viele Flüchtlinge, die sechs Monate oder länger in Käfig-ähnlichen Behausungen gehalten werden, ohne jemals nach draußen in den Hof gelassen zu werden. Das widerspricht allen Menschenrechtskonventionen und verletzt aufs Gröbste die Menschenwürde.

Die Polizeistation in Tychero sowie das Auffanglager in Fylakio sind unter anderem wegen der Überbelegung in katastrophalem hygienischen Zustand. Es mangelt an Decken und Matratzen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist absolut unzureichend. Es gibt derzeit einen von Amnesty International eingeschätzten Rückstau von 47.000 unbehandelten Asylanträgen. Immer wieder treten Asylsuchende in den Hungerstreik, um gegen diesen Zustand zu protestieren. Es fehlen Dolmetscher, Psychologen und Sozialarbeiter sowie eine spezielle Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen.



Bisher beschränkt sich die Unterstützung der anderen europäischen Staaten auf den Einsatz von FRONTEX, die als Grenzschutzagentur jedoch lediglich für die Überwachung und Kontrolle des Gebiets zuständig ist. Seit der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Lebensumstände von Flüchtlingen in Griechenland als menschenunwürdig bezeichnete, haben einige europäische Länder Abschiebungen nach Griechenland ausgesetzt, so auch Deutschland. Das Aufrüsten an der griechisch-türkischen Grenze geht trotzdem unverändert weiter.

Der „Panzergraben“ am Evros

Zunächst behauptete die griechische Regierung, dass man einen Graben ausheben wolle, um im Falle eines griechisch-türkischen Grenzkonfliktes türkische Panzer am Fortkommen zu hindern. Mittlerweile hat sie jedoch zugegeben, das vorrangige Ziel des Grabens sei, unerwünschte Migration einzuschränken. Bereits in der Vergangenheit hatte Griechenland zu diesem Zweck einen immer höheren Zaun errichtet. Der geplante Graben soll nun 30 Meter breit, sieben Meter tief und angeblich bis zu 120 Kilometern lang werden.

Doch kein Flüchtling lässt sich durch Zäune oder Gräben aufhalten. Die Folge solcher Abwehrzäune und -gräben ist, dass es mehr Tote und Verletzte gibt. Schon jetzt ertrinken viele bei dem Versuch, den Evros zu durchschwimmen, um nach Griechenland zu gelangen. Menschen in Not, die oft vor Gewalt und Krieg fliehen, werden wie Kriminelle behandelt.

FRONTEX führt Krieg gegen Flüchtlinge

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX entwickelt sich im Sinne der restriktiven Migrationspolitik immer mehr zu einer halbmilitärischen Einrichtung zur Koordinierung und Durchführung der Aktionen der EU-Mitgliedsstaaten zur Zurückweisung von Flüchtlingen. Dabei bleibt die rechtliche Grundlage für das Agieren von FRONTEX weiterhin ungeklärt. Es unterliegt auch keiner wirksamen Kontrolle durch das Europäische Parlament oder die nationalen Parlamente. Seit 2005 ist das Budget von FRONTEX um das Vierzehnfache gestiegen, doch das Europäische Parlament wurde darüber lediglich unterrichtet. Eine demokratische Mitbestimmung ist nicht vorgesehen.

Schon im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union wurde die Abschottung der Außengrenzen gegenüber „unerwünschten Einreisewilligen“ festgeschrieben. Dort geht es um wirksame Überwachung und Steuerung von Migrationsströmen, Verhütung und verstärkte Bekämpfung „illegaler“ Einwanderung sowie Abschiebung und Rückführung. Der Anspruch einer menschenrechtsfreundlichen Asyl- und Einwanderungspolitik ist nicht formuliert. Eine Revision des Vertrags müsste daher das Recht auf Asyl und das Einreise- und Bleiberecht von Personen sichern, die von Kriegs-, Menschenrechtsverbrechen und Völkermord bedroht oder von sozialen und Naturkatastrophen betroffen sind. Die Grenzschutzagentur FRONTEX muss ersatzlos aufgelöst werden.



Seenotrettung anerkennen statt bestrafen

Der Fall von Elias Bierdel, Kapitän der „Cap Anamur“, der Flüchtlinge vorm Ertrinken rettete und dafür wegen angeblicher Schlepperei angeklagt wurde, hat weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Es gibt jedoch weitere, weniger bekannte Fälle, bei denen gegen die Retter Anklage erhoben wurde. Statt mit Strafen zu drohen, sollten Kapitäne und Schiffsbesetzungen verpflichtet werden, Menschen in Not zu helfen. Das internationale Recht muss so weiterentwickelt werden, dass Kapitäne, die Menschen in Not nicht retten, sich für ihr Verhalten strafrechtlichen verantworten müssen. Die Seenotrettung muss ausgeweitet werden, statt kriminalisiert zu werden. Daher müssen die Staaten der Europäischen Union großflächige Kapazitäten für die Rettung von Menschen im Mittelmeer zur Verfügung stellen.

Dublin-II-Verordnung verlagert die Probleme an Europas Grenzen

Die sich dramatisch verschlechternden Bedingungen auf Lampedusa und an der griechisch-türkischen Grenze zeugen von einer absolut rücksichtslosen Migrationspolitik der Europäischen Union, wie sie sich in der Dublin-II-Verordnung ausdrückt. Diese Verordnung sieht vor, dass Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen müssen, welches sie nach ihrer Flucht als erstes betreten haben. Die EU ist so zu einem Verschiebebahnhof geworden, wo es nur darum geht, möglichst viele Flüchtlinge an die Nachbarstaaten loszuwerden. Die Länder, die so aufgrund ihrer geografischen Lage besonders viele Flüchtlinge aufnehmen müssen, sind die am Rande Europas. Deswegen fordern Regierungsvertreter aus Italien und Griechenland den sofortigen Stopp und die Überarbeitung der Dublin-II-Verordnung.

Auch in Bulgarien wird sich die Flüchtlingssituation ab dem kommenden Jahr zuspitzen. Bereits jetzt ist Bulgarien ein hoch frequentiertes Transitland, was sich mit dem Beitritt zum Schengen-Abkommen am 01. Januar 2012 nochmals verstärken dürfte. Dann können Flüchtlinge nach Bulgarien abgeschoben werden, wenn sie darüber nach Europa eigereist sind. Daher erhält die bulgarische Regierung finanzielle Zuschüsse der EU zur Überwachung der Grenzen und zur Einrichtung von Auffanglagern.

Das Grundprinzip der Dublin-II-Verordnung sorgt also nicht nur zur Verlagerung des „Flüchtlingsproblems“ an die Grenzen Europas, sondern sorgt auch dafür, dass sich diese Länder umso rigider abschotten – wie der Graben an der griechisch-türkischen Grenze, aber auch die Zusammenarbeit und Rückübernahmeverabkommen mit Ländern wie der Türkei, in denen nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention uneingeschränkt gilt, zeigen.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen endlich gemeinsam Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen tragen. Die Schaffung von gefahrenfreien Zugängen nach Europa muss dabei Hand in Hand gehen mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisenregionen. Wir müssen zu einer Flüchtlingspolitik kommen, die Menschen in Not und auf der Flucht nicht mehr als Last begreift. ■



In Afrika, Asien und Lateinamerika versuchen die einzelnen Länder, anknüpfend an die eigene Geschichte und Kultur, partizipative Formen der Politik zu erproben.

Direkte Demokratie im internationalen Kontext

Der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Bruno S. Frey hat nicht nur ökonomische Daten ausgewertet, sondern sich auch der Glücksforschung gewidmet. Er kam nach empirischen Studien über die direkte Demokratie zum Schluss: „Je demokratischer und föderalistischer das System, desto zufriedener sind die Menschen.“ Frey konnte auch der Aussage entgegentreten, die direkte Demokratie sei für die Wirtschaft nicht förderlich: „Das Gegenteil ist der Fall. Die Belastung mit Staatsschulden ist umso geringer, je direkter die Demokratie. Es kommt auch zu weniger Fällen von Steuerhinterziehung, weil die Menschen ein besseres Verhältnis zum Staat haben.“

Von René Roca

Frey zeigt den Zusammenhang zwischen demokratischer und wirtschaftlicher Entwicklung und beleuchtet dabei mit seiner Glücksforschung die Wichtigkeit von sozialethischen Faktoren. Betrachtet man diesen Zusammenhang aus historischer Perspektive, kann man feststellen, dass für die Schweiz die Einführung von direktdemokratischen Instrumenten im 19. Jahrhundert kein Hemmnis für die Industrialisierung des Landes war. Die stärker ausgebauten Volksrechte sorgten im Gegenteil dafür, dass die Bevölkerung den Prozess der Industrialisierung stärker mittrug und auch beeinflussen konnte. Damit entstand in der Schweiz, natürlich nicht ohne Umwege, Brüche und Rückschritte, eine politische Kultur der Toleranz und des Ausgleichs. Zentral war, dass sich die Demokratie von unten nach oben entwickelte, ausgehend von einer genossenschaftlich fundierten Gemeindeautonomie, deren Wurzeln bis ins Spätmittelalter zurückreichen. Einige Kantone erkämpften sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach intensiven Auseinandersetzungen mehr Volksrechte, konkret das Referendum und die Initiative, und dies Bezug nehmend auf das Vorbild der Landsgemeinde. Dann folgten alle weiteren Kantone, bis am Schluss auch noch die Bundesebene dazukam, wo 1874 das Referendum und 1891 die Verfassungsinitiative eingeführt wurden.

Ich möchte als Historiker die direkte Demokratie zuerst in diesem nationalen Kontext betrachten, danach im europäischen und schliesslich im internationalen Kontext. Ich stelle jeweils an den Anfang jedes Abschnittes eine These, die ich am Schluss nochmals wiederhole.

Direkte Demokratie im nationalen Kontext

These 1: „Die direkte Demokratie muss im Kontext der nationalen Souveränität von unten nach oben entwickelt werden.“

Im 16. Jahrhundert definierte der französische Philosoph Jean Bodin den Begriff der staatlichen Souveränität und wurde damit der Begründer der neuzeitlichen Souveränitätslehre. Er entwickelte seine moderne Staatsrechtstheorie in seinem 1576 verfassten Hauptwerk „Les six livres de la République“. Der Souverän, das heisst ein Fürst, die Aristokratie oder das Volk, besitzt als wichtigste Kompetenz die allgemeine Befugnis der Gesetzgebung. Daraus werden die anderen Herrschaftsrechte, wie die Erklärung von Krieg und Frieden, die Wahl von

Beamten oder das Recht, Verträge abzuschliessen, abgeleitet. Bodin untersuchte die Staatsformen Europas und beschrieb dabei auch die Kantone der Alten Eidgenossenschaft. Er bezeichnete sie allesamt als souverän und als „aristokatisch“ oder „demokatisch“. Die Landsgemeindeorte Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug, Glarus und Appenzell sowie Graubünden besassen nach Bodin die Staatsform der Demokratie, waren also – um einen wissenschaftlichen Begriff zu verwenden – „vormoderne Demokratien“. Bodin betonte, dass die Gleichheit der Menschen in einem demokratischen System ein wichtiger Vorteil sei: „Wenn es stimmt, dass die menschliche Gemeinschaft sich nur durch Freundschaft aufrechtzuhalten vermag, dass Freundschaft die Nährmutter der Gleichheit ist und dass es außerhalb der Volksherrschaft keine Gleichheit gibt, dann folgt daraus notwendig, dass sie die beste Staatsform ist, die man wählen könnte.“

Hier muss betont werden, dass an den Versammlungen nur die ortsansässigen Männer stimmberechtigt waren, aber es waren keine aristokratischen oder monarchischen Strukturen. Obwohl dieses System, so Bodin, den Menschen „ein recht glückliches Dasein zu bieten vermochte“, konnte sich Bodin aufgrund seines Menschenbildes nicht vorstellen, dass alle Menschen in Demokratien leben könnten. Deshalb blieb er lieber Monarchist und erklärte die Schweiz zu einem Sonderfall.



Der Genfer Jean-Jacques Rousseau griff 1762 bei der Abfassung seines „Contrat social“ auf diesen Sonderfall zurück und führte aus: „Wenn man beim glücklichsten Volk der Welt sieht, wie eine Schar Bauern die Staatsgeschäfte unter einer Eiche erledigt und sich immer wieder vernünftig benimmt, kann man da umhin, das Raffinement der anderen Nationen zu verachten, die sich berühmt und elend machen mit so viel Kunst und Geheimniskrämerei?“



Rousseau blieb aber nicht bei der vormodernen Landsgemeindedemokratie stehen, sondern vollzog den Schritt zur modernen Demokratie. Die Basis dazu bildete das moderne, aufgeklärte Naturrecht mit seinem personalen Menschenbild. Sein revolutionäres Konzept der Volks-souveränität war nicht nur in den Landsgemeindekantonen, sondern in allen der Ausgangspunkt zur weiteren Demokratisierung. Er selbst glaubte zwar, dass sich eine Demokratie nur in kleinen Ländern verwirklichen lasse und sie eigentlich „nur eine Staatsform für Götter“ sei. Aber wie Bodin betonte er die nationale Souveränität und die Bedeutung der genossenschaftlich geprägten demokratischen Traditionen in der Schweiz und bezog sie als wichtige Voraussetzung für Demokratie ein. In einer kühnen Verbindung von Tradition und Moderne entwickelte sich so in der Schweiz die direkte Demokratie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts von unten nach oben.

Der französische Historiker Charles Seignobos, der in seinem Buch über die „Politische Geschichte des modernen Europa“ auch die schweizerische Demokratiegeschichte genauer untersucht hat, beleuchtet den beschriebenen Vorgang sehr differenziert. Er schreibt, es wäre falsch, wollte man das Interesse für die schweizerische Geschichte nach der Grösse des Landes bemessen. Die Schweiz nehme in der Geschichte des modernen europäischen Verfassungslbens eine sehr bedeutende Stellung ein: „Jeder Kanton hat ein Feld für politische Versuche abgegeben, und da jeder die verschiedenen Bedingungen der Sprache, der Religion, der Gebietsausdehnung, des Wirtschaftslebens auf besondere Weise vereinigt, erfolgten die Versuche unter mannigfaltig varierten Bedingungen. Jedem, der die Entwicklung der modernen demokratischen Gesellschaft verstehen will, ist diese Geschichte zu empfehlen als die instruktivste Sammlung von praktischen Beispielen für die Anwendung des Prinzips der Volkssovveränität.“

Seignobos bringt sehr gut auf den Punkt, dass, wer die Wurzeln der direkten Demokratie in der Schweiz freilegen will, die Gemeinde- und Kantonsebene erforschen muss. Es existieren diesbezüglich bis jetzt nur wenige kantonale Untersuchungen. Der grösste Teil dieser Arbeit muss also erst noch geleistet werden. Diese Forschungsarbeit verspricht aber spannend zu werden, will sie doch einen Entwicklungsprozess des politischen Systems in der Schweiz beleuchten, der von sehr unterschiedlichen Bedingungen in den eidgenössischen Kantonen ausging und im Ergebnis sehr ähnliche demokratische Institutionen hervorbrachte. Als Beispiel seien zwei Kantone kurz erwähnt: Der Kanton St. Gallen war der erste Kanton, der 1831 das Veto (Vorläufer des Referendums) einführte und der Kanton Waadt war 1844 der erste Kanton, der seine Kantonsverfassung mit dem Initiativrecht ergänzte. Beide Instrumente waren das Resultat eines intensiven, kantonalen Ringens. Andere Kantone folgten und wie Seignobos richtig ausführt, avancierten die schweizerischen Kantone im 19. Jahrhundert zu einem „Demokratie-Labor“. Im europäischen Kontext profitierten die schweizerischen Kantone von einem Austausch der Ideen.

Direkte Demokratie im europäischen Kontext

These 2: „*Direkte Demokratie im europäischen Kontext gelingt nur, wenn die Zivilgesellschaft die politische Agenda bestimmen und dadurch die Definitionsmacht der politischen Eliten schwächen kann.*“

Wichtig für die demokratische Entwicklung in der Schweiz wie auch in Europa waren im 18. Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung, die Entwicklung einer besonderen Versammlungskultur, die an ältere Protestformen anknüpfte. In der Schweiz nannte man diese Versammlungen „Volkstage“. Bürger von Stadt und Land und von unterschiedlicher politischer Provenienz trafen sich ungezwungen und diskutierten anstehende politische Fragen. In diesem Rahmen forderten vor allem Katholisch-Konservative und Frühsozialisten mehr direkte Partizipation. Als Resultat der Versammlungskultur bildeten sich oft Volksbewegungen, die gerade in der breiten politischen Abstützung Durchschlagskraft erzielten. Die Liberalen lehnten Forderungen nach mehr direkter Demokratie ab, da sie selber bald eine neue politische Elite bildeten und höchstens für eine repräsentative Demokratie votierten.

Ein urliberales Anliegen war dagegen die Pressefreiheit, die gepaart mit dem Öffentlichkeitsprinzip hart erkämpft werden musste. Parallel dazu stand in den europäischen Ländern der Aufbau der Volksschule im Vordergrund. Somit wurde die Bildungsfrage als aufklärerisches Postulat ins Bewusstsein gerückt.

Allerdings entwickelte sich neben den USA, was die europäischen Länder betrifft, nur in England und zeitweise in Frankreich ein liberal-repräsentatives Verfassungssystem. In den anderen europäischen Ländern war die demokratische Entwicklung sehr zäh und wurde immer wieder brutal unterdrückt. So hat sich in Europa, abgesehen von einer kurzen Phase nach dem Ersten Weltkrieg, im Grunde erst seit dem Mauerfall vor zwanzig Jahren das demokratische Prinzip durchgesetzt. Als positive Beispiele kann man die neuen Bundesländer in Deutschland anführen, die mehr direkte Demokratie in ihren Landesverfassungen einführten und versuchen, von unten nach oben das demokratische Bewusstsein zu stärken. In den alten Bundesländern zog in letzter Zeit Hamburg die Aufmerksamkeit auf sich. Dort gelang den Bürgerinnen und Bürgern bereits einige Male erfolgreich mittels Initiativen politisch eigene Akzente zu setzen. Immer wieder verhindern aber die politischen Eliten in Deutschland den Abbau von unnötigen Hürden oder die Einführung von direktdemokratischen Rechten auf Bundesebene.

Als ein weiteres Beispiel kann man Slowenien anführen. Dieses Land, das vor 20 Jahren unabhängig wurde, hat eine





breite Palette von Volksrechten auf Landes- und lokaler Ebene eingeführt. Die praktische Einübung der direkten Demokratie und die damit verbundene politische Kultur braucht aber Zeit und Geduld und ist immer wieder geprägt von harten Auseinandersetzungen. Das war in der Schweiz, wie gesagt, nicht anders. Da Slowenien ein Konkurrenz-, und nicht ein Konkordanzsystem besitzt, missbraucht die jeweilige Oppositionspartei die direkte Demokratie immer wieder für eigene populistische Profilierungsversuche. Das führt zunehmend zu einer Polarisierung des politischen Systems. Dem kann die Bevölkerung nur entgegentreten, indem sie das politische Heft selbst mehr in die Hand nimmt und den politischen Diskurs durch eigene Referenden und Initiativen bereichert (das gilt zunehmend auch für die Schweiz).

Auch die Europäische Union führte mit dem Lissaboner Vertrag das, wie sie selber konstatierte, „revolutionäre Instrument“ einer Bürgerinitiative ein. Eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mindestens einem Drittel der EU-Mitgliedsstaaten sollen mit diesem Initiativrecht die Brüsseler Kommission zum gesetzgeberischen Handeln anregen können. Aber die Initiative ist lediglich ein Antrags- oder Vorschlagsrecht. Die EU-Kommission entscheidet abschliessend, was mit der Initiative passiert, das heisst, es gibt nicht zwingend eine Abstimmung im EU-Raum.

Direkte Demokratie im internationalen Kontext

These 3: „*Direkte Demokratie im internationalen, aussereuropäischen Kontext existiert bereits, wird aber von den westlichen Ländern grösstenteils ignoriert. Hier muss ein fruchtbare Austausch der Ideen und Konzepte auf gleicher Augenhöhe stattfinden.*“

Im internationalen Kontext ist die direkte Demokratie eines der Topthemen. In Afrika, Asien und Lateinamerika versuchen die einzelnen Länder, anknüpfend an die eigene Geschichte und Kultur, partizipative Formen der Politik zu erproben. In den westlichen Ländern werden diese Entwicklungen zuwenig beachtet. In aller Kürze sollen drei Beispiele dies veranschaulichen

Im afrikanischen Land Mali versucht die Zivilgesellschaft nach der Kolonialzeit und einer Phase, die durch Militärdiktaturen geprägt war, das Land auf eine neue Grundlage zu stellen. Man will, die politische Macht nicht nur horizontal, sondern auch vertikal teilen. Auf diese Weise wird eine dezentrale Entwicklung von unten nach oben mit der Bildung und Stärkung von genossenschaftlich verfassten Gemeinden gefördert. Der so entstehende dörfliche Bürgersinn bricht die traditionelle Clan-Wirtschaft und bekämpft erfolgreich die Korruption.

In Asien will beispielsweise die Mongolei die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Der mongolische Staatspräsident besuchte im Januar dieses Jahres die Schweiz. In Aarau liess er sich am Zentrum für Demokratie (ZDA) über die direkte Demokratie und den Schweizer Föderalismus informieren. Das Zentrum für Demokratie leistet neben dem Deza in Bezug auf die weltweite Demokratieförderung Pionierarbeit und sorgt zwischen den Ländern für einen fruchtbaren Austausch der Ideen und Konzepte.

An der Spitze der direktdemokratischen Entwicklungen stehen heute die lateinamerikanischen Staaten. Als Beispiel möchte ich Bolivien anfügen, das seit 2009 eine neue Verfassung besitzt. Die Verfassung wurde von einer direkt gewählten Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet und danach von der Bevölkerung mit einem Verfassungsreferendum angenommen. Noch nie war eine Verfassung derart in der Bevölkerung verankert, da die Bürger stärker an deren Ausarbeitung beteiligt wurden. Wichtige Paragraphen betreffen unter anderem die Verstaatlichung der Bodenschätze und die Gewährung von Rechten zugunsten der indigenen Bevölkerung sowie die Einführung von Volksrechten. Die Förderung der direkten Demokratie wird allerdings in der Praxis durch die mächtige Position der Exekutive, also des Präsidenten, behindert oder eingeschränkt. Der Weg ist sicher noch weit, bis sich die Distanz zwischen Gesellschaft und Staat weiter reduziert und die Kontrolle der Bürger über die Handlungen der politischen Verantwortungsträger erhöht, aber in Bolivien und in anderen lateinamerikanischen Staaten wurde schon viel erreicht.

Insgesamt kann man mit diesen und zahlreichen weiteren Beispielen durchaus zuversichtlich von einer globalen Entwicklung zur direkten Demokratie sprechen. Dieser Entwicklung sollten wir in den westlichen Ländern mehr Beachtung schenken.

Schluss und Thesen

These 1: „*Die direkte Demokratie muss im Kontext der nationalen Souveränität von unten nach oben entwickelt werden.*“

These 2: „*Direkte Demokratie im europäischen Kontext gelingt nur, wenn die Zivilgesellschaft die politische Agenda bestimmen und dadurch die Definitionsmacht der politischen Eliten schwächen kann.*“

These 3: „*Direkte Demokratie im internationalen, aussereuropäischen Kontext existiert bereits, wird aber von den westlichen Ländern grösstenteils ignoriert. Hier muss ein fruchtbare Austausch der Ideen und Konzepte auf gleicher Augenhöhe stattfinden.*“

Auch die Schweiz kann mit ihrem Modell der direkten Demokratie im globalen Rahmen eine positive Rolle spielen und den Austausch zwischen den Ländern weiter fördern. ■



Klartext

Ein halbes Jahr nach dem Entscheid des Bundesrats, die Blockade in den Verhandlungen mit der EU mit einem «gesamtheitlich-koordinierten Ansatz» zu überwinden, liest Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey im Juli 2011 der EU via «Sonntags-Zeitung» die Leviten. Dafür, dass die Verhandlungen über die Übernahme von EU-Recht nicht vom Fleck kommen, sei allein Brüssel verantwortlich. «Wir sind konstruktiv, machen unsere Hausaufgaben und haben Vorschläge vorgelegt», sagt sie. Die EU hingegen lege der Schweiz Steine in den Weg und mache ihr das Leben «unnötig und ungerechtfertigerweise» schwer. «Das Verhalten der EU ist inakzeptabel», lässt sie sich zitieren. Und: «Die Passivität der EU ärgert mich.» NZZ, 12. Juli 2011.

Personenfreizügigkeit mit der EU

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hatte den Bundesrat und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in einem Bericht über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und deren Wirkungen der Schönfärberei bezichtigt (NZZ 22. 10. 11). Die Kommission stützte sich auf einen Bericht der parlamentarischen Verwaltungskontrolle, und diese wiederum basierte ihre Aussagen auf zwei Studien von Fred Henneberger und Alexandre Ziegler von der Universität St.Gallen.

Die Bilanz der Personenfreizügigkeit falle in den offiziellen Stellungnahmen «viel zu einseitig positiv aus», schreiben die St. Galler Forscher. Gemäss den Daten von 2004 bis 2008 sei die Lohnentwicklung «stark vom Angebotsdruck aus den EU/Efta-Staaten tangiert» worden. Die St.Galler Studie konzentrierte sich auf die Entwicklung der Lohnunterschiede zwischen drei Gruppenpaaren: Neuangestellte contra Altangestellte, Ausländer contra Schweizer und Grenzregionen contra Zentrumsregionen. Die These dahinter: Wenn die Einwanderung die Löhne drückt, dann am ehesten für Neuangestellte, Ausländer und in Grenzregionen.

Einer dieser drei Seismografen hat in den St. Galler Analysen tatsächlich ausgeschlagen: Die Lohndifferenz zwischen Neuangestellten und Altangestellten (bei sonst vergleichbaren Profilen) erhöhte sich im Schnitt von 2004 bis 2008 von rund 1 auf knapp 2 Prozent – was als Effekt der Personenfreizügigkeit zu werten sei. Allerdings sagt die HSG-Analyse nichts über den Einfluss der Personenfreizügigkeit auf das gesamte Lohnniveau aus.

Hinweise auf eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Löhne für Neueinstellungen in einigen Branchen ortet derweil auch die Bundesverwaltung. Darauf habe ein früherer Verwaltungsbericht zu den Wirkungen der Personenfreizügigkeit bereits hingewiesen, sagt Serge Gaillard, Direktor Arbeit im Seco. Von Schönfärberei kann laut Gaillard nicht die Rede sein. Die Verwaltungsberichte hätten auch die Ergebnisse externer Studien erwähnt, die insgesamt ein durchzogenes Bild zeigten. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats dagegen stütze nun ihre Kritik auf eine einzelne Studie, welche sie zudem überinterpretiere. Zwecks Überprüfung der St. Galler Ergebnisse hat die Verwaltung nun eine

weitere externe Studie bei der Universität Genf in Auftrag gegeben, die unter zusätzlichem Einbezug der Lohndaten für 2010 im nächsten Frühjahr 2012 vorliegen soll. Eine Lohndämpfung der Personenfreizügigkeit wäre besonders für die Phase ab 2009 zu erwarten – in der die Schweiz trotz Rezession noch eine grosse Nettoeinwanderung aufwies.

Klar ist, dass die Personenfreizügigkeit nicht nur Gewinner hat. Die jährlichen Verwaltungsberichte zu den Wirkungen am Arbeitsmarkt hatten bisher zwar einen deutlich positiven Grundton, wiesen aber auch auf (potenzielle) Probleme hin. Zudem liegen diverse externe Studien vor. Wenig umstritten scheint, dass die Einwanderung das Wachstumspotenzial der Wirtschaft erhöht hat. Der Einfluss auf Reallöhne und Arbeitslosigkeit ist dagegen theoretisch wie praktisch nicht ganz klar.

Ein halbwegs faires Fazit aus einer Handvoll externer Studien sieht etwa so aus: Ein genereller starker Druck auf Arbeitslosigkeit und Löhne ist bisher kaum nachweisbar – doch Anzeichen für Lohndruck in gewissen Regionen, Branchen und Berufsgruppen gibt es. Der ökonomische und politische Härtestest der Personenfreizügigkeit wird erst noch kommen. Dies zum einen mit der Analyse der Lohndaten für 2010 und zum anderen in der nahen Zukunft – falls Europa und die Schweiz wie befürchtet für einige Zeit eine schwache Wirtschaftslage haben werden. NNN, 26. Oktober 2011, S. 11.

Offene Grenzen für Kranke

Die Grenzen sollen für Patienten durchlässiger werden. Mit diesem Ziel hat das EU-Parlament im März 2011 eine neue Richtlinie zur Patientenmobilität verabschiedet. Ihr Inhalt: EU-Bürger sollen sich nicht mehr nur in der Heimat behandeln lassen dürfen, sondern in der ganzen Union. Der Heimatstaat wird dabei verpflichtet, an eine Behandlung im Ausland mindestens so viel zu bezahlen, wie er dies für die gleiche Leistung im eigenen Land tun würde.

Wie nun bekannt wird, will die EU, dass sich auch die Schweiz dieser Regelung anschliesst. Sie erwartet, «dass die neue Richtlinie zur grenzüberschreitenden Patientenmobilität in die laufenden Verhandlungen aufgenommen wird», dies schreibt Bundesrat Didier Burkhalter in der Gesundheitsstrategie, die er im September 2011 vorgestellt hat. Und Burkhalter ist gewillt, den Wunsch der EU wohlwollend zu prüfen. «Dies kann zur Stärkung des Wettbewerbes und aufgrund der guten Qualität des Schweizer Systems durchaus auch im Interesse der Schweiz sein», schreibt er.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) prüft darum nun, ob die Übernahme der Richtlinie wünschbar wäre und wie sie sich umsetzen liesse. Auch die Kantone wurden Ende August 11 ein erstes Mal darüber informiert, wie Michael Jordi von der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) bestätigt.

Allerdings ist man sich beim Bund noch nicht restlos über die Vor- und Nachteile einig. In der Verwaltung fürchten einige Beteiligte, grenzüberschreitende Behandlungen würden blass aufwendige Bürokratie bei der Abrechnung mit sich bringen. Diese Skeptiker verweisen auch auf den Versuch, den Burkhalters Vorgänger Pascal Couchebin einst mit



Behandlungen ennet der Grenze gestartet hat. Couchepin ermöglichte 2007 ein deutsch-schweizerisches Pilotprojekt in Basel, dessen Resultate indes bisher bescheiden blieben. Was zum Beispiel die Überweisung von Schweizer Patienten an deutsche Akutkliniken angeht, fand das Angebot gemäss der Evaluation schlicht noch «keine Nachfrage».

Optimistischere Beobachter hoffen demgegenüber auf neue Chancen für die Schweizer Spitäler. Sie könnten von ihrem guten Ruf profitieren und die vorhandenen Kapazitäten noch gezielter mit europäischen Patienten auslasten, heisst es. Bereits heute lassen sich jährlich rund 10000 Europäer in der Schweiz behandeln. Auch die GDK sieht darin Chancen und ist darum bereit, den Ansatz weiter zu verfolgen. «Es müssen aber noch verschiedene Umsetzungsfragen zufriedenstellend geklärt werden», sagt Zentralsekretär Jordi. Schliesslich könnte die Grenzöffnung auch unter dem Aspekt von Managed Care interessant werden.

Die Krankenkassen könnten Netzwerke aufbauen, die zum Beispiel eine Behandlung in der Schweiz mit späterer Rehabilitation im günstigeren Deutschland vorsehen. So liessen sich Kosten und Prämien sparen.

Wie es im BAG heisst, sind die Überlegungen dazu indes noch ganz am Anfang. Sicher ist erst eines: Die Schweiz wird die EU-Richtlinie nicht einfach einseitig übernehmen, sondern höchstens im Rahmen des bilateralen Gesundheitsabkommens, über das die Schweiz und die EU seit längerem verhandeln. Und diese Verhandlungen sind derzeit wie sämtliche bilateralen Dossiers blockiert. NZZ am Sonntag, 23. Oktober 2011, S. 13

Registrierter Lobbyeinfluss

Die Kommission und das EU-Parlament haben seit Juni 2011 ein gemeinsames Lobbyregister. Damit soll der Einfluss von Interessenvertretern auf die europäische Politik für die Öffentlichkeit transparenter werden. Das neue Transparenzregister tritt an die Stelle des von der Kommission im Jahr 2008 eingerichteten Registers.

Das neue Register erfasst Organisationen und freiberuflich tätige Einzelpersonen, die versuchen, Einfluss auf die EU-Politik und deren Durchführung zu nehmen. Es sind mehr Angaben als bisher erforderlich, etwa über die Anzahl der Personen, die beratend tätig sind, die wichtigsten Gesetzesvorhaben, an denen sie mitgewirkt haben, und die empfangenen EU-Mittel. Wer sich in das Lobbyregister eintragen lässt, muss sich zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichten. Verstöße werden geahndet. Künftig sollen die Berichterstatter des Europäischen Parlaments in einem Anhang auflisten, mit welchen Lobbyisten sie bei der Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatten. Damit soll gewährleistet werden, dass jedes EU-Gesetz eine Art „legislativen Fußabdruck“ hat. Für Organisationen, die schon im Register der Kommission stehen, erfolgt eine automatische Umstellung auf das neue Register. Die Daten müssen jährlich aktualisiert werden, sonst erlischt die Registrierung.

Einer aktuellen Studie der Allianz für Lobbytransparenz Alter-EU zufolge haben die bisher registrierten Unternehmen und Industriegruppen im Lobbyregister der Kommission nicht alle Gelder angegeben, die für Lobbying aufgewendet werden. Für die Studie wertete Alter-EU die Angaben der 40 größten Industrieverbände aus und entdeckte bei Stichproben zu niedrige Summen bei den Lobbyausgaben. AlterEU schätzt, dass bei der Selbstangabe der Industrieverbände mehrere Millionen Euro fehlten. www.europa.eu/transparency-register, www.alter-eu.org/documents, umwelt aktuell, August/September 2011, S. 22

Finanzflüsse in der EU

Der jährliche Bericht über den EU-Haushalt ist über 80 Seiten lang, doch die Medien stürzen sich stets auf eine einzige Seite: jene mit der Nettoposition jedes Mitgliedstaats, die sich aus den direkt dem Land zurechenbaren Einnahmen und Ausgaben ergibt. Laut der jüngsten Ausgabe des Reports blieb Deutschland 2010 der grösste Nettozahler: Es zahlte 9,2 Mrd. • mehr in den EU-Haushalt ein, als über Agrarsubventionen und weitere Kanäle zurück flossen. Es folgten Grossbritannien mit 5,6 Mrd. •, Frankreich mit 5,5 Mrd. • und Italien mit 4,5 Mrd. •. Grösster Nettobezüger blieb Polen mit einem Nettozufluss von 8,4 Mrd. •, vor Spanien mit 4,1 Mrd. • und Griechenland mit 3,6 Mrd.

Aussagekräftiger und fairer ist allerdings ein relativer Vergleich, bei dem die Nettoflüsse ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung gesetzt werden und der damit auch die unterschiedliche Grösse der Staaten berücksichtigt. Auf dieser Basis waren 2010 die drei baltischen Staaten die grössten Nettoempfänger, während Deutschland bei den Nettozahlern an zweiter Stelle lag. Den vor einigen Jahren stets von den Niederlanden eingenommenen ersten Platz unter den Zählern besetzte Belgien. Bestimmt wird die Position eines Landes von seiner Wirtschaftskraft, die sich auf die Höhe seiner Beiträge an den Haushalt und auf den Rückfluss aus der Kobänsopolitik auswirkt, sowie von einer Reihe weiterer Faktoren, darunter Grösse und Struktur seines Agrarsektors. Zudem wurden die Subventionen an die neuen Mitglieder nach deren Beitritt schrittweise eingeführt («phasing in»), so dass sich ihre Position schrittweise verbessert. Bei den Nettozahlern spielen ferner Änderungen der Korrekturmechanismen eine Rolle. Der traditionelle «Briten-Rabatt» ist auf zuletzt 3,6 Mrd. • gesunken, der Nettobeitrag der Briten gestiegen. Umgekehrt wurden neu Erleichterungen für Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden eingeführt. NZZ, 1. Oktober 2011, S. 29



Seldwyla in Bern: Ständerat gegen Rückzug des inexistenten EU-Beitrittsgesuchs

Der Bundesrat soll das EU-Beitrittsgesuch nicht zurückziehen. Der Ständerat hat zum wiederholten Mal einen Vorstoss abgelehnt, der einen Rückzug des „eingefrorenen“ Gesuchs aus dem Jahr 1992 forderte. Der Entscheid gegen die Motion von Maximilian Reimann (Argau, svp.) fiel deutlich mit 33 zu 8 Stimmen.

Sowohl die Wirtschaft als auch der Bundesrat seien für eine Fortsetzung des bilateralen Weges, sagte Reimann. Zudem habe ein EU-Beitritt derzeit in der Bevölkerung absolut keine Chance. Deshalb dränge sich eine Klärung der Position auf. «Das Parlament muss jetzt endlich die Hintertür zum EU-Beitritt schliessen», forderte Reimann im Rahmen der ausserordentlichen Ständeratsdebatte zur Europapolitik. Gewünscht worden war die Debatte von der SVP. Ausser der Motion Reimann, die nun erledigt ist, standen keine weiteren Vorstösse zur Diskussion.

«Wir gewinnen mit einem Rückzug null und nichts und sollten deshalb mit Blick auf die laufenden Verhandlungen – etwa zum Stromabkommen – Irritationen vermeiden», begründete Ivo Bischofberger (Appenzell Innerrhoden, cvp.) seine Ablehnung der Motion. Und Alain Berset (Freiburg, sp.) kritisierte Reimann dafür, dass der Ständerat nach ähnlichen Vorstössen der letzten Jahre bereits wieder über die Frage debattieren muss. Er hätte es bevorzugt, in dieser Debatte über konkrete Probleme in der Europapolitik zu reden, sagte Berset und verwies dabei etwa auf die Forderung der SP nach schärferen flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

Unterstützt wurde Reimann fast ausschliesslich von Parteikollegen. In Brüssel werde die Haltung der Schweiz so aufgefasst, dass der Bundesrat eigentlich in die EU wolle, aber aus innenpolitischen Gründen dies zurzeit nicht bewerkstelligen könne, sagte Christoffel Brändli (Graubünden, svp.). Es gelte nun endlich Klarheit zu schaffen. Andernfalls müsse man vielleicht zu dieser Frage einmal das Stimmvolk befragen.

Sukkurs erhielt Reimann diesmal auch vom Tessiner Ständerat Filippo Lombardi (Tessin, cvp.). Er begründete seinen Gesinnungswandel in der Frage des Beitrittsgesuchs mit den Druckversuchen der EU und einzelner EU-Staaten auf die Schweiz.

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey wies darauf hin, dass die Schweiz schon nur aus formalen Gründen ein neues Beitrittsgesuch einreichen müsste, falls sie plötzlich doch einen Beitritt anstreben würde. Denn das Gesuch aus dem Jahr 1992 sei an die Europäischen Gemeinschaften gerichtet gewesen und nicht an die heutige EU. Im Übrigen wiederholte sie die vom Bundesrat seit langem vorgebrachten Argumente, dass ein Rückzug des Gesuches ausser Irritationen in Brüssel keinen Nutzen bringe. NZZ, 6. Juni 2011.



Kommentar: Endlose Posse um angebliches EU-Beitrittsgesuch der Schweiz

Es ist unglaublich aber wahr. Kantonsparlamente, die eidge-nössischen Räte, Parteivorstände und Redaktoren befassen sich regelmässig mit einem EU-Beitrittsgesuch der Schweiz in Brüssel, das es gar nicht gibt. Diese Posse, die teilweise auch Steuergelder verschleudert, muss endlich aufhören! Der Tatsache, dass in Brüssel kein EU-Beitritts-gesuch liegt, wurde im Europa-Magazin schon im November 2005 dargelegt und müsste eigentlich bekannt sein. Trotzdem werden um die Mär vom Beitrittsgesuch weiter muntere Spiegelfechtereien ausgetragen.

Die Schweiz hat nie ein EU-Beitrittsgesuch gestellt, sondern ein Gesuch um Aufnahme von Beitragsverhandlungen. Nach dem Nein zum EWR hat die CH-Regierung nach Brüssel gemeldet, man möchte vorerst nun doch keine Beitragsverhandlungen. Die Regierung sprach zwar damals davon, die Beitrittsgesuch sei nur eingefroren aber nicht zurückgezogen. Juristisch gesehen war das sinnloses Geschwätz. „Einfrieren“ ist kein juristischer Fachausdruck, kein Ausdruck des internationalen Rechts. Was wurde nach dem EWR-Nein bezüglich des EU-Beitritts-Gesuches juristisch genau gemacht? Und worin besteht der juristische Unterschied zwischen dieser Aktion nach dem EWR-Nein und einem eigentlichen Rückzug des Gesuchs? Diese Fragen stellten wir bereits 2005 dem Integrationsbüro und erhielten die folgende Antwort:

„Der Bundesrat hat in einer Erklärung vom 13. Januar 1993 dargelegt, dass die Schweiz auf die Eröffnung der Beitragsverhandlungen auf weiteres verzichtet. Entsprechend wurde die EU im Rahmen des Comité mixte zum Freihandelsabkommen durch den schweizerischen Vertreter informiert. Der EU-Rat hat seinerseits diese Entscheidung zur Kenntnis genommen: In einer Konklusion des EU-Rats vom 8./9. November 1993 nimmt dieser Kenntnis davon, dass die Schweizer Regierung bis auf weiteres die bilateralen Beziehungen zur Gemeinschaft weiterzuentwickeln wünscht.

Bei dem sogenannten ‚Beitrittsgesuch‘ handelt es sich um einen Brief, in welchem die Schweiz im Mai 1992 die Eröffnung von Beitragsverhandlungen wünschte. Dieser Brief ist kein Rechtsakt, weshalb ein Rückzug in einem juristischen Sinne auch nicht möglich ist. Sollte die Schweiz dereinst die Aufnahme von Beitragsverhandlungen wünschen, müsste ohnehin ein neues Gesuch gestellt werden.“

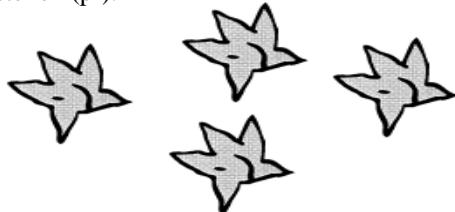
Es wird also klar: in Brüssel liegt keine EU-Beitrittsgesuch, es liegt dort auch keine „eingefrorenes EU-Beitrittsgesuch“. In Brüssel liegt eventuell in irgend einem Archiv ein Gesuch um Aufnahme von EU-Beitragsverhandlungen aus dem Jahre 1992 und ein zweites Schreiben, das ausdrückt, dass man vorerst keine Beitragsverhandlungen wünscht. Möchte man eines Tages wieder Beitragsverhandlungen stellen, müsste man ein neues Gesuch stellen – wie sonst sollte die EU sonst wissen, dass die „Schweiz“ solche Verhandlungen wünscht. Das „Gesuch um Aufnahme von Beitragsverhandlungen“ von 1992



ist somit höchstens von historischem Interesse, juristisch ist es völlig bedeutungslos und es gibt hier nichts zurückzuziehen.

Muss man sich über den Geisteszustand jener, die regelmässig über Rückzug des nicht-existenten EU-Beitritts gesuches schreiben und streiten Sorgen machen? Eigentlich schon. Es geht beiden Seiten allerdings um Taktik. Die SVP kann durch die Anträge auf „Rückzug“ den nicht SVP-Teil der „Politeliten“ als EU-Freunde und Gegner der Unabhängigkeit der Schweiz darstellen.

Was die Gegner des „Rückzugs“ genau bezwecken, ist schwieriger zu verstehen. Offenbar glauben Sie von den Angriffen der SVP politisch profitieren zu können. Der Bundesrat und die Parlamente wollen eventuell in EU-philen Bevölkerungsschichten den Eindruck erwecken, man halte sich alle Optionen offen. Dadurch erhofft man sich deren Unterstützung bei den bilateralen Verträgen. Wie dem auch sei – das Beispiel zeigt, wie zweiseitiges Interesse an einer Posse diese am Leben erhält und dass beide Seiten die Mehrheit der Bevölkerung für völlig vertrottelt hält. Ein neues Mosaik zur Posse trug Bundesrätin Micheline Calmy-Rey im Juni 2011 bei: sie wies darauf hin, dass das „Beitrittsgesuch“ gegenstandslos geworden sei, weil es an die Europäischen Gemeinschaften gerichtet gewesen sei und nicht an die heutige EU. Die Argumentation ist juristisch unhaltbar (s. z.B. Freihandelsabkommen von 1972, das auch von der EU weitergeführt wird, ohne dass neue Verträge unterschrieben wurden). Es handelt sich aber um einen Hinweis darauf, dass für die Gegner des „Rückzugs“ die Posse an Bedeutung verliert: sie fangen an, sich von dieser zu verabschieden, tun es aber schrittweise, vermutlich um ihr bisheriges absurdes Verhalten nicht blosszustellen (pr).



Quellen der Kurzinfos

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet.
NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

Werkstatt-Rundbrief, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, www.werkstatt.or.at

Umwelt aktuell (früher DNR-EU-Rundschreiben) Hrg: DNR-EU-Koordinationsstelle; Bezugsadresse: oekonom verlag, Berlin (gritsch@oekom.de)

GV des Forums für direkte Demokratie

Datum: Montag, 5. März 2012

Ort: Luternauweg 8; Bern

Zeit: 18 Uhr 00

Traktanden: Jahresbericht, Jahresrechnung 2011, Vorstandswahlen, Varia.

Diese Ankündigung gilt als Einladung. Es erfolgt keine persönliche Einladung mehr.

Sitzung des Vorstands

Vorgängig zur Mitgliederversammlung trifft sich der Vorstand des *Forums für direkte Demokratie* um 17 Uhr 00 am selben Ort. Die Vorstandssitzung ist öffentlich.



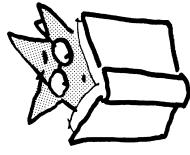
Landraub in Kambodscha

Die Europäische Union fördert in Kambodscha indirekt den Landraub. Denn viele Produkte, die auf den riesigen kommerziellen Agrarflächen angebaut werden, die im ganzen Land durch Landraub entstehen, kann Kambodscha im Rahmen der «Alles ausser Waffen»-Initiative zollfrei in die EU exportieren, zum Beispiel Zucker. Was Entwicklungsländern den Marktzugang in die EU erleichtern sollte und als eine Form von Entwicklungshilfe gedacht war, schafft in Wirklichkeit einen weiteren Anreiz dafür, Menschen von ihrem Land zu vertreiben.

Landkonflikte sind heute bei weitem der grösste Streitpunkt in Kambodscha. Sie betreffen mindestens eine Million Menschen. Dabei versage die Justiz bei der Aufgabe, die Armen zu beschützen, komplett. «Von diesen gesellschaftlichen Strukturen profitieren die Mächtigen, Leute mit Waffen, Leute, die gute Kontakte haben, und Geschäftsleute, die sich Einfluss kaufen können.» Das Problem mit dem Landraub ist eine der vielen Folgen des Regimes der Roten Khmer. Diese haben während ihrer Herrschaft beinahe alle Grundbucheinträge des Landes vernichtet. Ein Gesetz aus dem Jahr 2001 sollte Abhilfe schaffen: Jeder Kambodchaner sollte demzufolge das Besitzrecht für sein Land erhalten, wenn er dort mindestens fünf Jahre lang gelebt hat. Das gilt jedoch nur dann, wenn die Regierung das Land nicht als gewerbliches oder öffentliches Land gekennzeichnet hat. Solche Bezeichnungen erfolgen allerdings seit einigen Jahren nachträglich — und äusserst willkürlich. NZZ, 24. November 2011, S. 7

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne



EUROPA-MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen

FÜR UMWELTSCHUTZ
FÜR EINE GLOBALE AUSGEWogene ENTWICKLUNG
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPEVALZE
FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name:

Vorname:

Strasse:

Ort:

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Postfach, CH-8048 Zürich (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Impressum

Herausgeber:
Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen

Lektorat:

Gérard Devanthéry, Maro Schnyder,
Christian Jungen, Oliver Morel

Logos und Büchersterne: Josef Loretan
Entwicklung und Konzeption der Website:
Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach,
8048 Zürich
Tel. 0041-31-7312914
Fax: 0041-31-7312913
<http://www.europa-magazin.ch>
E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis
Auflage: 2 100
Erscheinungsweise: 2 mal jährlich
Jahrgang 19, Nr. 55, Dezember 2011
Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. April 2012

http://www.europa-magazin.ch

DIREKTE DEMOKRATIE
EU-KRITISCH, ÖKOLOGISCHE, SOZIALE
FORUM

8048 Zürich
Postfach
Europa-Magazin
Revue und Mailazine:
CH-3900 Brüg
P.P.